

Lübeker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübeker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beilage oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr** Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 25.

Sonntag, den 30. Januar 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Renommir-Milliarde.

Herr v. Boetticher hat zusammenrechnen lassen, wieviel die Unternehmer an Beiträgen seit dem Bestehen der deutschen Arbeiterversicherung zusammengebracht haben. Das macht alles in allem seit den ersten Anfängen und bis auf den heutigen Tag **969 742 016 Mk.**, nicht ganz eine Milliarde. Wenn man in Betracht zieht, daß es sich um einen Zeitraum von über zwölf Jahren handelt, erscheint die Summe gar nicht groß. Man bedenke doch, daß z. B. 1894 die Zahl der in Krankenkassen Versicherten **7 282 609** betrug, und in der Unfallversicherung waren es gar **18 191 747** Personen — dies sind die Zahlen eines einzelnen Jahres, während die v. Boetticher'sche Generalsumme, wie erwähnt, sich auf mehr als **12 Jahre** bezieht —, und man wird erkennen, daß das Heil, welches durch die deutsche Arbeiterversicherung, Grundlage und Aufbau und „Kronung“ des sozialen Königtums, alles zusammengerechnet, dem deutschen Arbeiter im Durchschnitt während dieser Jahre widerfahren ist, nicht gerade ein außerordentliches gewesen ist. Herr Staatssekretär von Boetticher freilich hat diese hinkende Milliarde als den großen Parabegaul der Sozialreform aufgeführt. „Was würde denn aus den deutschen Arbeitern — so war der Tenor seiner Rede —, wenn die Arbeiter-Versicherung nicht da wäre?“ Wir wissen schon, was Mühseliges an der Arbeiterversicherung ist, ebenso wie wir nicht minder ein offenes Auge für ihre Mängel haben, — aber gar so unerlässlich ist die Arbeiter-Versicherung nicht. Der Herr Minister vergißt die freien Hilfskassen, die schon vor der staatlichen Versicherung Beträchtliches geleistet haben, — und was sie erst leisten könnten, das zeigen die englischen „friendly societies“, die viele Millionen Mitglieder zählen und über Hunderte von Millionen Vermögen verfügen, das zeigen ferner die englischen Gewerkschaften, die den Arbeitern nicht bloß eine Unterstützung, sondern Kampfwaffe sind. Also man verlasse doch mindestens die Unterstellung, als ob es ohne staatliche Krankenkassen überhaupt keine Krankenkassen gegeben hätte. Und wenn die jetzige Unfallversicherung besser ist, als das frühere Haftpflichtgesetz, so beweist dies doch nur, wie miserabel jenes Gesetz gewesen war, da es durch die in ihrer jetzigen Gestalt noch recht schädliche Unfallversicherung übertrumpft wird.

Und nun wollen wir uns noch einmal die Medaille von ihrer Rehrseite ansehen! Die Kapitalisten haben während **12 Jahren** an die in ihrem Dienst krank gewordenen und verunglückten Arbeiter eine kleine Milliarde gezahlt, — sind sie deshalb ärmer geworden? Keine Spur! Erst kürzlich sind die Ergebnisse der preussischen Einkommensteuer veröffentlicht worden. Da zeigt es sich, daß das Gesamteinkommen aller, welche ein Einkommen von mehr als **3000 Mk.** jährlich hatten, also der Wohlhabenden und Reichen, allein von **1893/94** auf **1896/97** um **164 Millionen Mark** gestiegen ist. Und wieviel sind es alles in allem? **1893/94** waren es **319 317** und **1896/97** sind es **331 091** Personen gegenüber einer Bevölkerung von **32 Millionen**! Die Kapitalisten vermiffen die gezahlte Milliarde nicht. Sie werden reich und reicher! Sie können es vertragen und sie können noch mehr vertragen! Woher haben sie denn das alles? die Millionen, die sie den Arbeitern gezahlt, und noch mehr, was sie für sich behalten haben? Woher anders, als daraus, daß sie den Arbeitern **keine Löhne** gezahlt haben! Man zahlt dem Arbeiter einen so geringen Lohn, daß er damit selbst in gewöhnlichen Zeiten nicht auskommen kann, geschweige schon, wenn er krank wird und Arzt und Arznei gebraucht. Da man ihn nun doch nicht wie einen Hund hinstecken lassen kann, so legt man ihm großmützig von dem Profit, den man seiner Arbeit verdankt, noch einige Mark zu, und das nennt man dann eine große „Wohltat.“ Lieber wäre es dem Arbeiter, wenn er von vornherein einen so hohen Lohn bekäme, daß er den späteren Bettelpfennig nicht bedürfe. Aber wie oft haben schon die Unternehmer gerade unter Bezugnahme auf die „Lassen“ der Arbeiterversicherung **Lohnerhöhungen** verweigert? Das wolle man doch gefälligst in Betracht ziehen, und da wird man die Annahme nicht so kurzer Hand von sich weisen, daß es manchen Unternehmer giebt, der durch seine Ver-

sicherungsbeiträge einer **Lohnerhöhung** entgangen ist, der also auf diese Weise vielleicht sogar ein gutes Geschäft gemacht hat! Was wir einmal haben, halten wir fest, und so auch die Arbeiterversicherung. Aber wir gehen nicht auf den sozialreformerischen Leim. Unsere Forderungen sind viel höher, und von denen lassen wir nichts abschwagen!

Politische Mundschau.

Deutschland.

Die Nationalsozialen der Naumannschen Richtung beabsichtigen nach dem „B. L.“ den Nationalliberalen den Wahlkreis **Jena-Neustadt** für Pfarrer **Naumann** bei den nächsten Wahlen wegzufahren. Pfarrer **Naumann** hat im Sommer in Jena eine Reihe von Vorträgen gehalten und ist auch ein nationalsozialer Verein dort begründet worden. Der Kreis wird zur Zeit von dem nationalliberalen Abgeordneten **Walthers** vertreten, der das Mandat in der Stichwahl mit dem Sozialdemokraten erlangte. Vor ihm besaßen das Mandat der bekannte Staatsrechtslehrer **Professor Georg Meyer**, gegenwärtig in Heidelberg, dann der liberalere Abgeordnete **Wisser**, der es wieder an die Nationalliberalen und ihre Bundesgenossen verlor.

Die **Freisinnige Volkspartei** hat zum Etat des Reichskanzlers den Antrag eingebracht, „den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, das preussische Staatsministerium zu veranlassen, Vorkehrungen zu treffen, welche öffentliche Verdächtigungen der obersten Reichsbehörden durch Organe der königlich preussischen politischen Polizei, wie sie im Prozeß **Leckert-Lüchow** zu Tage getreten sind, für die Zukunft ausschließen.“

Die **Fraktion** hat sich, nach der „Fr. Ztg.“, zu diesem Antrag insbesondere veranlaßt gesehen in Folge der unbefriedigenden Haltung, welche der preussische Minister des Innern bei der Erörterung der einschlagenden Fragen in der ersten Berathung des Stats im preussischen Abgeordnetenhaus eingenommen hat.

Die **Bestkommission**, die in den letzten Tagen im kaiserlichen Gesundheitsamte getagt hat, führte ihre Verhandlungen am Dienstag zu Ende. Es wird jetzt unter Berücksichtigung der hierbei zum Ausdruck gekommenen Ansichten ein Entwurf von Vorschriften ausgearbeitet, die der Einschleppung der Pest aus den versuchten Gegenden vorbeugen sollen. Nach der „Post“ dürften diese Vorschriften sich denen ähnlich gestalten, die s. Z. zur sanitäts-polizeilichen Kontrolle der Choleraepidemie erlassen worden sind.

Brüskwitz ist, wie wir schon meldeten, endgiltig zu **3 Jahren** und **20 Tagen** Gefängnis verurtheilt worden. Das Strafausmaß weist darauf hin, daß die That des Mannes als **Todtschlag** aufgefaßt wurde, und der § 213 des Reichsstrafgesetzbuches in Anwendung gekommen. Dieser Paragraph lautet:

„Wer der Todtschläger ohne eigene Schuld durch eine ihm zugefügte Mißhandlung oder schwere Beleidigung von dem Gekideten zum Tode gereizt und hierdurch auf der Stelle zur That hingewiesen worden, oder sind andere milde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter **6 Monaten** und höchstens von fünf Jahren ein.“

Als vor einigen Jahren eingezogene Landwehrlente nicht in einen Viehwagen steigen wollten, wurden sie für sieben und mehr Jahre auf die Festung geschickt. Und sie werden dort nicht die Behandlung erfahren haben wie Herr v. **Rohe** in **Slag**.

Zur **Charakteristik** des einflussreichen Herrn v. **Stumm**. In der Reichstagsitzung am **13. Januar** hat der Abg. von **Stumm** bestritten, daß er eine feindliche Stellung gegen den evangelischen Arbeiterverein eingenommen habe, „er habe niemals ein Wort gegen die evangelischen Arbeitervereine als solche gesagt.“ Dem gegenüber berichtet die „Frankfurter Zeitung“: „Im Jahre **1892** schrieb der Vorsitzende eines Verbandes evangelischer Arbeitervereine an den Freiherrn von **Stumm**, es sei ihm gemeldet worden, „daß **Erw. Hochwohlgeboren** die in Ihren Werken beschäftigten Arbeiter, soweit sie Mitglieder des Arbeitervereins **E.** sind, aufgefordert haben, aus diesem Vereine auszutreten, wenn ich recht unterrichtet bin, mit der Motivierung, daß Sie im Interesse des konfessionellen Friedens konfessionelle Vereine unter Ihren Arbeitern nicht dulden könnten. Unter der Voraussetzung, daß diese Mittheilung richtig ist, gestatte ich mir **Erw. Hochwohlgeboren** herzlich zu bitten, die Zurücknahme dieser Forderung nochmals in Erwägung zu ziehen.“ Freiherr v. **Stumm**

antwortete hierauf unterm **29. März** aus Berlin, bestrittet in seinem Brief mit keinem Worte die Richtigkeit der Meldung, giebt sie vielmehr indirekt zu indem er den Brief mit den Worten beginnt: „Ihrem Wunsch bedauere ich, nicht entsprechen zu können“ und fährt dann fort zur Begründung seiner Anordnung: „Sie unterschätzen den Ernst und das Gewicht der Gründe, welche mich in meinem ganzen Handeln bestimmen. Diese Gründe in jedem einzelnen Falle darzulegen, geht über meine über das Maß in Anspruch genommene Zeit.“ Er erwähnt dann, daß die Gründung evangelischer Arbeitervereine auch die katholischer Arbeitervereine nach sich ziehen würde, und giebt schließlich seinem Mißtrauen gegen die Arbeitervereine durch folgende Worte Ausdruck: „Die Kirche kann und soll sicherlich nicht neutral bleiben in dem Kampf gegen die Sozialdemokratie. Sie bedarf hierzu aber nicht des Vereinswesens, dieser Krankheit unserer Zeit, wie ich schon dem Pfarrer in **H.** schrieb.“ Es bedarf wohl keiner näheren Darlegung, daß der Inhalt dieses Schreibens im direkten Widerspruch zu der Stumm'schen Ausführung im Reichstag steht.“

Der **Zeugniszwang** in Disziplinarfällen ist nach preussischem Muster auch in Baden zur Anwendung gelangt. Die **Mannheimer „Volksstimme“** hat in einem Spezialfalle mitgeteilt, wie im dortigen Gewerbegericht zwei Unternehmerbesitzer und der Vorsitzende gestimmt haben. Deswegen ist gegen den verantwortlichen Redakteur **Diez** und den Genossen **Süßkind** ein Zeugniszwangsverfahren eingeleitet worden. Obgleich **Süßkind**, der zunächst vernommen wurde, unumwunden zugab, daß er das Material zu dem betreffenden Artikel geliefert hat, wurde **Genosse Diez** wegen seiner Weigerung, den Gewährsmann zu nennen, doch vom Amtsrichter **Schlimm** in eine Strafe vom **100 Mk.** genommen.

Im **Prozeß Tausch** machen sich, wie nicht anders zu erwarten, mächtige Einflüsse geltend, damit aus der Sache so wenig wie möglich „herauskomme“. So schreibt die „Köln. Ztg.“: „Noch ist der erste Akt kaum vorüber; was die spätere Zeit bringen wird, ist nicht vorauszu-sehen; die Zahl Derjenigen, denen solche Aufdeckung zuwider und unheimlich ist, scheint freilich nicht gering zu sein, und es machen sich mannigfache Anzeichen des Wunsches geltend, die weitere Aufklärung zu vertuschen.“

Wie man kolonisiert und zivilisiert, das hat in höchst naiver Weise ein gewisser **E. Tappenbeck**, der im vorigen Jahre eine „Forschungsreise“ ins Innere von **Deutsch-Neuguinea** machte, geschildert. Der Kolonialheld hielt dieser Tage in **Frankfurt a. M.** in der dortigen Abtheilung der deutschen Kolonialgesellschaft einen Vortrag, über den wir der „Frankf. Ztg.“ folgende Einzelheiten entnehmen:

„Von dem „neuen Geschoß“ ist **Tappenbeck**, für diese Expeditionen wenigstens, nicht besonders entzückt. Soweit wir den Redner verstanden haben, hält er die Wirkungen nicht für augenblicklich abschreckend genug. „Viele Leute, die getroffen werden, laufen noch einige hundert Meter weit in den Wald, um dann zweifellos später doch zu verenden.“ Ferner schritt man gegen ein Dorf ein, das sich feindselig benahm und überhaupt ein Bißchen unverschämte gegen die Mission war; man zerstörte dieses Dorf und gleichzeitig, um die Bewohner „schwer zu schädigen“, die Kokosbestände, deren Kultur sieben bis acht Jahre zur Entwicklung braucht. Die Expedition... hat, wie der Redner meinte, gute Resultate für die kulturelle Zukunft von Kaiser **Wilhelms-Land** ergeben.“

Der **Kolonialheld**, wie er im Buche steht, würdig unferer „**Afrikaner**!“ Das neue Geschoß ist nicht abschreckend genug, die getroffenen Schwarzen „verenden“ erst später! „Unverschämte“ Eingeborene wurden „gezüchtigt“, indem man ihr Dorf verbrannte, ihre Kokospflanzungen vernichtete, um sie dem Hungertod preiszugeben und so schwer zu schädigen. Das nennt man dann gute Resultate für die „kulturelle Zukunft“ der Kolonie! Deutschland kann stolz sein auf diesen Kulturträger. **Leist**, **Weslan**, **Peters**, **Schröder**, **Tappenbeck** — die Liste wird immer länger.

Dem weiblichen Geschlechte ist durch Ministerialverfügung nunmehr das Studium an der landwirtschaftlichen Hochschule zugänglich gemacht worden. — Eine Frau, die auf der landwirtschaftlichen Hochschule **Agrikultur** studirt hat, kann einem „**Rothleibenden**“, der nichts von Landwirtschaft versteht — und es giebt solche — schätzbare Dienste leisten, wenn er Vernunft annimmt und nicht Alles besser wissen will als seine studirte Frau oder als sein akademisch gebildeter weiblicher Inspektor.

Die internationale Sanitätskonferenz wurde auf den 10. Februar nach Venedig einberufen. Ein bestimmtes Programm liegt noch nicht vor, doch wird die Konferenz voraussichtlich über die Mittel beschließen, welche die Ausbreitung der Pestheerde außerhalb Hindostans durch vom Mittelmeer möglichst entfernte Quarantäne verhindern sollen.

Deutschland darf kein Industriestaat werden — sagte kürzlich im preussischen Abgeordnetenhaus Graf Limburg-Sturum. Die Weisheit dieses Ausspruchs wird anschaulich illustriert durch die soeben veröffentlichte Statistik über die deutsche Roheisen-Produktion im Jahre 1896, die der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller aufstellt. Darnach hat dieselbe mit 6 361 000 Tonnen eine Höhe wie nie zuvor und auch eine Jahressteigerung wie nie zuvor erreicht. Von besonderem Interesse ist die folgende Vergleichung mit der englischen Produktion:

Roheisenproduktion in Tonnen:	1896	1895
Großbritannien . . .	8 750 000	7 895 675
Deutschland . . .	6 360 982	5 464 591

Darnach hat die britische Produktion um 854 325 Tonnen, die deutsche dagegen um 896 481 Tonnen zugenommen. Die verhältnismäßige Steigerung beträgt in Großbritannien 10,8 Prozent, in Deutschland aber 16,4 Prozent. Man darf gespannt darauf sein, zu erfahren, wie die oben genannte gesetzgeberische Größe von der Höhe ihrer volkswirtschaftlichen Anschauung aus diese Entwicklung beurtheilt, und vollends wie sie dieselbe verhindern will.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübener Volksboten“.)

Berlin, 28. Januar.

163. Sitzung.

Präsident v. Buelow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Stephan, Fischer.

Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt, und zwar beim Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung.

Beim Titel „Staatssekretär des Reichspostamts“ liegt folgende Resolution der Kommission vor: Der Reichstag wolle beschließen: „den Herrn Reichsminister zu ersuchen, veranlassen zu lassen, daß die Annahme und Befestigung gewöhnlicher Pakete von 4 Millionen auf Sonn- und Feiertagen, mit Ausnahme der Weihnachtszeit vom 18. bis 30. Dezember, auf Eisenbahnen beschränkt wird.“

Dr. Müller (Fp.) tritt für die Erhöhung der Gewichtsgrenze für einfache Briefe ein und legt eine Anzahl Briefe auf den Tisch des Hauses nieder, die beweisen sollen, daß gerade Privatbriefe der kleinen Leute unter dieser minimalen Gewichtsgrenze leiden. Er hoffe, es werde Herrn v. Stephan doch gelingen, den Widerstand des Reichspostsekretärs und dessen fiskalische Bedenken zu überwinden. Wenn man einen Anschlag von 4 Millionen fürchte, so benütze man doch die Einnahmequelle, die der Postverwaltung zu Gebote steht und reformiere endlich den Postzetteltarif. Diese Frage feiere nun aber schon ihr 25-jähriges Jubiläum und komme aus den Erwägungen nicht heraus. Unterdessen würden dem einen Theil der Zeitungsverleger Liebesgaben gezahlt. Die billigen Blätter würden nicht theurer werden, denn das seien vorzugsweise Inseratenblätter. Redner tritt weiter für Verbilligung der Fernsprechgelder ein und beantragt, künftig diejenigen Telegraphen- und Fernsprech-Anlagen, deren Herstellungskosten den Betrag von 100 000 Mk. übersteigen, im Etat in besonderen Titeln zum Anschlag zu bringen. Auch auf dem Gebiete des Telephonwesens, das ja sehr an Ausdehnung zugenommen habe, sei doch noch viel zu thun. So sei z. B. die Anlage eines Verbindungsamtes in Berlin nöthig, mittels welchem man sofort mit den in der Nähe von Berlin gelegenen Städten sprechen könne.

Hug (B.) tritt gleichfalls für eine Ermäßigung der Telephongebühren ein und wünscht, daß die kleinen Städte mehr als bisher mit Telephonanlagen versehen würden.

Staatssekretär Dr. v. Stephan: Die Stellung der verbündeten Regierungen zu einer Ermäßigung der Telephongebühren ist nach wie vor ablehnend. Diese Gebühren sind drei Mal herabgesetzt worden, wie kann man da von einem Stillstand der Verwaltung sprechen. Gewiß nimmt der Telephonverkehr zu, wenn die Gebühren herabgesetzt werden, aber die Kosten wachsen auch kolossal. Diese Kosten der Medaille wird immer übersehen. Von einer weiteren Ermäßigung kann also nicht die Rede sein. Die Herstellungskosten der mit der Steigerung des Verkehrs notwendigen neuen Anlagen steigen rapide und gehen in die Millionen. Sie werden durch die vermehrte Gebühren-Einnahme nicht gedeckt. In allen anderen Staaten sind die Telephongebühren viel höher als bei uns. Keine andere Regierung, kein anderes Parlament ist je auf den Gedanken gekommen, eine Herabsetzung dieser Gebühren zu fordern. Wie in aller Welt kommt man nun gerade in Deutschland dazu! (Heiterkeit links.) Wollen Sie die 6 Millionen Mark Anschlag durch neue Steuern decken? Das Volk würde dazu Nein sagen. Der Abg. Singer hat mir in der Budgetkommission vorgeworfen, mir fehle der alte Muth. Ja, lieber Herr Abg. Singer, was nützt mir denn mein Muth? (Große Heiterkeit.) Ich kann doch nicht mein Blut vergießen. Damit richte ich beim Schatzsekretär gar nichts aus, und wenn ich Muth hätte, wie der Löwe von Juda. (Große Heiterkeit.)

Gamp (Fp.): Es wäre unverantwortlich von uns, durch Herabsetzung der Gewichtsgrenze für einfache Briefe eine Mindereinnahme von 4 Millionen jährlich und durch Ermäßigung der Telephongebühren eine Mindereinnahme von 6 Millionen herbeizuführen. Wir können doch nicht diese Mindereinnahme durch eine jährliche 10 Millionen-Anleihe ausgleichen. Redner spricht sich gegen die Herabsetzung der Telephongebühren aus. Die Herabsetzung der Gewichtsgrenze würde nicht den kleinen Leuten, sondern nur dem kaufmännischen Verkehr zu Gute kommen. Vielleicht empfiehlt es sich aber doch, das Straßporto für Briefe, die verschriftlich mit 10, statt mit 20 Pfg. frankirt sind, abzuschaffen. Die Empfehlung des Abg. Müller-Sagan, den Einnahmefall durch eine Reform des Postzetteltarifs zu bedenken, wird von seinen Parteifreunden kaum gebilligt werden. Es erinnerte sehr an den alten Spruch: „O, heiliger, heiliger Florian, — Beschön' mein Haus, zünd's andre an!“ Redner spricht den Wunsch aus, daß die besondere Gebühr, die für Pakete erhoben wird, welche außerhalb der Schalterstunden aufgegeben werden, für alle Apothekerhandlungen aufgehoben werde. Das liegt im Interesse der Armen auf dem Lande, die sonst die Medizin häufig zu spät erhalten.

Staatssekretär v. Stephan glaubt diesen Wunsch nicht erfüllen zu können. Es würden sonst sofort andere Interessen mit ähnlichen Gründen kommen. Die Gebühr ist eingeführt, um den Verkehr mit dringenden Paketen einzuschränken. Auch dürfte die Kontrolle durchaus nicht so leicht sein. Alle Droguisten und die Händler mit Medizinalweinen würden das gleiche Privilegium beanspruchen.

Singer (Zd.): Das Verlangen des Abg. Gamp erscheint mir durchaus nicht unbedeutend. Wenn die Verwaltung den guten Willen hätte, dann könnte sie diese beschriebene Reform im Interesse kranker Menschen durchführen. Die Schwierigkeiten, die der Herr Staatssekretär sagt, erklären sich aus seiner Neigung, Alles, was

die Einnahmen schmälert, a limine abzulehnen. Diese Auffassung hat er auch in anderen wichtigen Fragen und gegenüber schon an den Tag gelegt. Durch seine Ausführungen geht wie ein rother Faden die Auffassung hindurch, als ob die Post nichts Anderes sei, als ein Institut der fiskalischen Plasmacherei. Bezüglich der geforderten Verbilligung des Fernsprechverkehrs hat der Staatssekretär eine Rechnung aufgemacht, deren Nichtigkeit von vornherein auf der Hand liegt. Wenn er selbst eine erhebliche Verkehrsteigerung durch die Verbilligung der Anlagen voraussetzt, dann ist doch anzunehmen, daß diese Steigerung zu Einnahmen führen wird, die weit über die zur Deckung der neuen Anlagen erforderlichen Summen hinausgehen werden. Wir glauben, daß der Anschlag durch diese Vermehrung der Benutzung zum großen Theil gedeckt werden wird. Es ist nicht richtig, daß die Kosten der Anlagen gedeckt werden müssen durch sofortige Vermehrung des Abonnements. Diese Ausgaben amortisiren sich so gut, wie jede neuere Verkehrsausgabe, und der Staatssekretär geht von einer irrigen Voraussetzung aus, wenn er die ganze Anlage von den Abonnenten bezahlen lassen will. Das Institut der Postverwaltung kann es nach meiner Meinung erst in zweiter Linie als seine Aufgabe betrachten, Ueberschüsse zu erzielen; in erster Linie hat es das Interesse des Verkehrs zu wahren. Wir werden dem Antrage auf Herabsetzung der Fernsprechgelder zustimmen. Ferner ist die Herabsetzung des Briefportos bezw. der Maximalgrenze von 15 Gramm ein alter Wunsch des Reichstages. Auch hier wird das Schreckgespenst des Einnahmefalles vorgeführt, aber dies Gespenst schreckt uns nicht. Es ist nicht richtig, daß der Wunsch nach Reformen nur von dem gewöhnlichen, merkantilen Interesse geleitet wird. Die Geschäfte der großen Zirkulation wissen sich einzurichten, sie haben Briefwaagen, sie nehmen dünnes Papier zc. Den Schaden zu tragen haben gerade die kleinen Kreise, die Arbeiter, die Kleingewerbetreibenden, die Kleinrentner, die nicht über alle technischen Hilfsmittel verfügen, um das Maximalgewicht zu vermeiden. Sie alle kriegen so gut wie wir Briefe, für die Straßporto zu zahlen ist: sind das Briefe von Geschäften, gewerblichen Unternehmungen und dergleichen? Nein, das sind Mitschriften, Petitionen u. s. w. von kleinen Leuten, und in deren Interesse wird die Herabsetzung der Gebühr gewünscht. (Sehr richtig! links.) Die Fragen, die sonst noch in der Kommission angeregt sind, werden an anderer Stelle zur Erörterung kommen. Meine Freunde stimmen der Resolution betreffs der Sonntags-Paketbestellung zu; ich sehe keinen Grund ein, warum diesem bereits wiederholt kundgegebenen Wunsche des Reichstages nicht Folge gegeben werden soll. Auch in Bezug auf die Sonntagsruhe der Beamten hat der Reichstag seine Wünsche wiederholt geäußert, trotzdem ist die Sonntagsruhe namentlich der Postunterbeamten in keiner Weise genügend durchgeführt. Es fehlt nicht an Vorschriften seitens der Oberbehörden, sondern an ihrer genügenden Durchführung. (Sehr richtig! links.) Trotzdem liegt der Mangel an gutem Willen gewiß nicht bei den Vorstehern der einzelnen Ämter. Die „Grenzbotten“, also gewiß kein sozialdemokratisches Organ, haben neulich den Nagel auf den Kopf getroffen, wenn sie behaupteten, daß wir es augenblicklich mehr mit einer Scheinsonntagsruhe zu thun haben, statt mit einer wirklichen. Der Artikel schlägt vor, zu erheblicher Herabsetzung der Sonntagsarbeit der Unterbeamten anstatt des jetzigen Systems, bei welchem die Sonntagsruhe des einen Beamten dem anderen eine Vermehrung der Arbeit bringt, das gesamte Maß der Sonntagsruhe zu leisten Arbeit auf die Hälfte herabzusetzen und überhaupt mehr Beamte einzustellen. Dieser Vorschlag wird dem Herrn Staatssekretär wieder einen ganz besonderen Schreck einjagen wegen der Kosten. Aber jedenfalls glauben wir nicht, daß die Verordnungen über die Sonntagsruhe so ernsthaft gemeint sind, so lange nicht durch Vermehrung des Personals die Möglichkeit der Sonntagsruhe geschaffen wird. (Sehr richtig! links.) Wir steigt ein Fall aus Altona vor, wo die Landbriefträger bis 1894 jeden 7. Tag, 1895 jeden 14., 1896 jeden 21. Tag Ruhe hatten. Bei den Landbriefträgern liegt außerdem die Nothwendigkeit vor, die jetzige Kilometerzahl ihrer täglichen Touren (25) herabzusetzen, zu denen oft noch mehrere Kilometer Heimweg hinzukommen. Und zu solchen Reformen reichen allgemeine Erklärungen der Herren von der Reichspostverwaltung nicht aus; wir müssen dringend darauf halten, daß den von vielen Seiten an uns kommenden Klagen Abhilfe geschafft wird, selbst auf die Gefahr hin, daß die Ueberschüsse zu einer Vermehrung des Personals verwendet werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Vor zwei Jahren hatten wir hier eine lebhafteste Diskussion über die Urlaubsfrage, und die Postverwaltung erklärt, als ein Zeichen besonderen Entgegenkommens, mit der Einführung von Sommerurlaub für alle Unterbeamten vorgehen zu wollen und die entstehenden Stellvertretungskosten auf die Postkasse zu übernehmen. Der Sommerurlaub ist mehrfach, so in Gera gar nicht in Kraft getreten, und aus Elbing liegt eine Verfügung vom 17. März 1896 vor, der Sommerurlaub könne gewährt werden, sofern die Geschäfte des Urlaubers auf die übrigen Unterbeamten übertragen werden könnten, und der Antragsteller angebe, welche Unterbeamten seine Vertretung zu übernehmen geneigt seien. Meine Herren! Das ist doch alles Anderes, wie eine Einrichtung, wonach jeder Unterbeamte Anspruch auf 7 Tage Urlaub hat! Da hört doch wirklich die Geschichte auf! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), dann hat die Behörde kein Recht, sich in die Brust zu werfen und zu sagen, wir geben unseren Leuten Urlaub; was bleibt da von der ganzen sozialen Fürsorge übrig; ein Erholungsurlaub kann doch nicht von einer Privatabmachung einzelner Beamten untereinander abhängig gemacht werden! Denkt die Reichspostverwaltung aber anders, so mag sie es ihren nachgeordneten Vorgesetzten klar machen, daß sie mißverstanden worden ist. Eine andere Frage ist die, ob es richtig ist, daß die Reichspostverwaltung im vorigen Jahre den Erlaß des preussischen Staatsministeriums bezüglich der Unterchrist von Petitionen und des Besuchs von Versammlungen ihren nachgeordneten Behörden ebenfalls zur Nachachtung überwiesen hat, und zwar unter besonders erschwerenden Umständen, bei der Form mündlicher Rücksprache. Bei dem Unternehmthum wird es auf's Schärfste beurtheilt, mit der Arbeitskraft zugleich auch die politische Gesinnung in Anspruch zu nehmen. (Beifall links.) Der Staatssekretär wird es mir nicht übelnehmen, wenn ich ihn in den dringenden Verbauch habe, diesen Erlaß gebilligt zu haben, gemäß der Stellung, die er dem Assistentenverbände gegenüber einnimmt. Seit Jahren wissen wir ja, daß die Reichspostverwaltung es für ihre Aufgabe hält, der freien Meinungsäußerung ihrer Beamten weit über das zulässige Maß hinaus Zügel anzulegen. Das ist ein Prinzip, das im vollsten Gegensatz steht mit allen modernen Grundgesetzen. (Bravo! links); es hat verzweifelte Ähnlichkeit mit dem System der Stumm'schen Sozialreform. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich bringe aus der reichen Blüthenlese von Einzelsällen, die mir zu Gebote stehen, nur einen einzigen vor, der zeigt, welche Auffassung man von einem solchen durchaus auf loyalen Boden stehenden Verbauch hat. Das Stückchen spielt in Baden gelegentlich des 70. Geburtstages des Großherzogs. Es war verordnet worden, daß an diesem Tage nur Sonntagsdienst stattfinden sollte, und es wurde eine Umfrage seitens des Verbandes veranstaltet bei den Beamten, sich darüber zu äußern, an eine Adresse unter Chiffre allerdings, ob diese Verfügung befolgt bezw. wie sie ausgeführt worden sei. Darauf ist eine Verfügung der Oberpostdirektion in Karlsruhe vom 12. 9. 1896, unterzeichnet von Oberpostdirektor, ergangen, worin er das ihm von einem Beamten zur Verfügung gestellte Schreiben als aus einem Kreise stammend bezeichnet, der auch sonst Unbotmäßigkeit, Herabsetzung und Frechheit gegen die Vorgesetzten für Vertretung seiner berechtigten Interessen halte und mit diesem Zirkular ficher eine neue Gemeinheit plane. Seine Beantwortung wird den Beamten, auch als Verlesung des Dienstgeheimnisses, unterjagt. Wenn ein Oberpostdirektor eine solche Verfügung erlassen kann, dann ist es hohe Zeit, daß die Reichspostverwaltung für ihre

höchsten Beamten einen Kursus über den Umgang mit Menschen veranstaltet. (Heiterkeit links.) Es sollten nicht derartige Erlasse in die Welt gesetzt werden, die lächelndes Mitleid bei den Unbedeutendsten, Haß und Bitterkeit bei den Beamten erregen müssen. Auch die Leute des Postassistentenverbandes sind doch nicht gerade vogelfrei! (Sehr richtig! links.) Auf den Fall Bahrford will ich heute nicht zurückkommen. Der Herr soll der Verwandte eines sehr hochgestellten Mannes sein. Offenlich ist er dem Herrn Staatssekretär für die warme Vertbeidigung internationaler Höflichkeit dankbar, die dieser aus Anlaß seines Falles geleistet hat. Erwähnen will ich nur, daß uns von der Journalistentribüne des Hauses Mittheilungen geworden sind, wie sich Herr Bahrford dort benimmt, die es sehr wahrscheinlich machen, daß er sich zu dem Telegraphenbeamten sehr rigoros benommen hat. — Redner bringt im Weiteren den Fall des Sekretärs des Unionklubs, von Auerwald, zur Sprache, der im Sommer des vorigen Jahres wegen Verleumdung einer Telephonistin, die er „Stümmes Schwein“ titulierte, verurtheilt worden ist. Sicherlich ist der Herr, der sich in so pöbelhaften Schimpfereien gegen eine wehrlose Dame erging, im gegebenen Falle der schneidigste Duellant! (Sehr richtig! links.) In der Gerichtsverhandlung kam nun ein Umstand zur Sprache, der die Vermuthung nahelegt, als stelle sich die Postverwaltung in den besondern Diensten dieses Herrn und des Unionklubs. Aus den Aussagen der Telephonistinnen ging hervor, daß, wenn mehrere telephonische Verbindungen zu gleicher Zeit verlangt wurden, Herr v. Auerwald zuerst berücksichtigt werden sollte. Weil sich der Herzog v. Ratibor mehrmals beim Kaiser besuchte, soll die Einrichtung getroffen worden sein, daß die Telephonklappen im Amt für die Mitglieder des Unionklubs durch rothe Farbe kenntlich gemacht waren und sofort beim Anruf die Verbindung hergestellt wurde. „Es kommt etwas Hohes“ hatte der Beamte dabei zu rufen. (Hört! hört! links.) Eine solche Bevorzugung ist ganz ungehörig! (Sehr richtig! links.) Die Fernsprecheinrichtungen sollen Jedem gleichmäßig zugänglich sein, ganz gleichgültig, ob sie ein Mitglied des Unionklubs oder ein Arbeiter benützt! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin auf die Auskunft des Herrn Staatssekretärs sehr begierig. Er wird uns ja sagen, ob solche Einrichtungen und Verfügungen im Telephonendienst wirklich bestehen. Nicht verschweigen will ich, daß ähnliche Einrichtungen auch auf dem Gebiete des Briefverkehrs bestehen. Firnisse, die sich häufig beschweren, werden besonders berücksichtigt. Wenn man es wie die Herren Agrarier macht und laut schreit, dann legt man bei der Postverwaltung etwas durch. (Heiterkeit links.) Das sind die allgemeinen Bemerkungen, die ich vorzutragen habe. In der Budgetkommission habe ich auf die Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern im Postamt von Frankfurt a. M. hingewiesen; ich will die Auskunft des Unterstaatssekretärs abwarten. Auf weitere Einzelheiten will ich bei den einzelnen Etatstiteln zurückkommen. Ich fordere die Reichspostverwaltung dringend auf, für die Sonntagsruhe, den Sommerurlaub und die Meinungsfreiheit der Beamten besser als bisher zu sorgen. Die Reden des Herrn v. Stephan und des Dr. Fischer stellen die Verhältnisse bei der Post immer in glänzenderem Licht; sie vermögen aber nicht darüber hinwegzutäuschen, daß sich namentlich die Unterbeamten in sozial unbilligen Verhältnissen befinden. Erst wenn diese gebessert, werden die Beschwerden im Reichstage verstummen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär Fischer: Ich will sofort auf die einzelnen Beschwerden des Abg. Singer eingehen. In Frankfurt a. M. sind 6 Anaben 1/2—2 Stunden im Paketpostamt als Kleberjungen beschäftigt. Sie haben nur Nummern auf die Pakete zu kleben, eine leichte Arbeit. Von den 6 Jungen waren zwei noch schulpflichtig. Wir haben angeordnet, daß diese beiden nicht mehr beschäftigt werden. Der Artikel über die Sonntagsruhe ist mir unbekannt, ich glaube nicht, daß er von einem Fachmann geschrieben ist, denn er würde dann benützte Unwahrheiten enthalten. Der Sonntagsdienst ist in den letzten Jahren wiederholt eingeschränkt worden. Der Vorwurf der Plasmacherei ist nicht gerechtfertigt; wir fordern im Etat 5000 etatsmäßige Stellen, nirgends sonst findet eine solche Vermehrung der etatsmäßigen Stellen statt. Ich kann also diese Anzählung als erledigt und abgemacht betrachten. Was die Zuschriften anlangt, die den Herren Abgeordneten zu Gebote sind, so ist, auch wenn sie sehr bestimmt abgefaßt sind, doch großer Vorzicht am Platze. J. D. die Nachricht über Sonntagsdienst in Eisenach ist nach den Ermittlungen unrichtig. Ich lade den Abg. v. Stephan zur Einsichtnahme in den uns zugegangenen Bericht ein. Herr Singer beklagte es, daß die Landbriefträger 25 Kilometer gehen müssen. An sich finde ich das nicht übermäßig. Als Herr v. Stephan die Verwaltung übernahm, betrug das Leistungsmäß der Landbriefträger 30 Kilometer, es beträgt jetzt nur durchschnittlich noch 21 Kilometer. Es sind statt 12 000 jetzt 30 000 Landbriefträger angestellt. Also hier ist wohl auch kein Anschlag zu Vorwürfen vorhanden. Der Herr Abgeordnete hat dann die Urlaubsfrage angeregt. Der erst vor drei Jahren eingeführte Erholungsurlaub wird in steigendem Maße weitergeführt. Einzelne Beschwerden mögen ja berechtigt sein, im Allgemeinen ist ein Fortschritt auf diesem sozialen Gebiete unverkennbar. Der Vorredner hat dann dem Assistentenverband besprochen. Ich meine aber, diese Frage ist ja schon so ausführlich hier im Hause behandelt worden, daß ich die Herren nicht damit emuirieren will, zumal unser Standpunkt ganz derselbe ist. Herr Singer hat nur übertrieben. Wir wissen, was wir den Unterbeamten schuldig sind. Aber wir können natürlich nicht bei uns das moderne Arbeiterverhältniß einführen. Davon kann bei unseren Ansichten von Pflichten und Rechten nicht die Rede sein. (Sehr wahr! rechts.) Wir sollen die freie Meinungsäußerung beschränken. Wir, die wir thatsächlich Niemanden verbieten haben, dem Assistentenverbände beizutreten. (Hört! links.) Rufe: Maßregelungen.) Die Besetzungen im Interesse des Dienstes stehen auf einem anderen Blatt. Der Herr Vorredner hat nun ein Schreiben des Bezirkschefs Leß in Karlsruhe vorgelesen. Ich eigne mir die Ausdrücke darin nicht an, ich begreife aber, daß einem so hochverdienten Beamten, dem in einem Briefe der Vorwurf der Servilität und Hochtögelei gemacht wird, einmal die Galle überläuft und er Ausdrücke gebraucht, die ihm nachher selber nicht passend erscheinen. Der Beamte ist aber ein so vorzüglicher Bezirkschef, der so sehr für seine Angestellten eintritt, daß ich nicht glauben kann, daß in den Kreisen der Beamten Haß und Erbitterung gegen ihn herrscht. Wenn der Abgeordnete Singer aus dem Prozeß gegen den Herrn von Auerwald gefolgert hat, daß im Fernsprechverkehr Unterschiede zwischen Hoch und Niedrig gemacht werden, muß ich dies ins Gebiet der Phantasie verweisen. Es besteht nirgend eine Vorchrift, die so gebietet werden könnte, absolut nicht! (Rufe links: Rufe Klappen!) Der Herr war sehr nervös und nervöse Leute sollten sich bei der Denzierung des Fernsprechereis doppelt und dreifach in Acht nehmen. (Beifall rechts.)

Dr. Lingens (B.) (auf der Tribüne unverständlich) tritt für vermehrte Sonntagsruhe der Postbeamten ein.

Werner (Mittl.) bedauert, daß den katholischen Beamten der Frohnleichnamstag nicht vollständig freigegeben werde. Er bringe eine Beschwerde gegen den Vorsteher des Berliner Postamts 8 an der seine Beamten chikanire. Einem Vertrauensarzte habe der Vorsteher gesagt, ein Mann sei nicht krank und als dieser Mann zu ihm kam, habe der Arzt gesagt: Sie sind zwar krank, aber der Direktor sagt aber, Sie sind nicht krank und ich gebe Ihnen kein Attest. Der Mann erkrankte 2 Tage später an der Lungenentzündung und liegt noch schwer darnieder. Die Beamten jagen von Postamt 18 unter dem Direktor Thot, es sei die Korrekionsanstalt. Ähnliche Zustände herrschen in Glauchau. Der Ton im Verkehr mit Postbeamten lasse seitens der höheren Stellen oft viel zu wünschen übrig. Er selbst sei in der offiziellen Verlehrszeitung in recht ungeschöner Weise angegriffen worden. Die Gratifikationen sollten wegfallen, man bezahle lieber die Beamten von vornherein anständig, daß sie leben können. Noch ein Stückchen des Herrn Thot. Er sieht einen Beamten einen Brathering

essen und fragt ihn, was dieses opulente Mahl kostet. Der Unterbeamte erwidert: 20 Pfennig. Herr Thiel bemerkt: Ja, wenn Sie so leben, da können Sie mit Ihrem Gehalt nicht auskommen. Unterstaatssekretär Fischer: Ich bin nicht in der Lage, das zu widerlegen, was gesprächsweise bei dem Personal jedes Postamts kursirt. Der Herr Vorredner sollte sich aber hüten, solche einseitig gefärbte Berichte ohne Weiteres zu glauben und daraufhin hochverehrte Beamte zu verunglimpfen. Diese Beamten können sich selbst hier nicht vertheidigen und auch wir können sie nicht sofort vertheidigen, da wir die Fälle gar nicht kennen. (Sehr richtig, rechts.)

Dr. Hamacher (M.): Auch ich bedaure, daß die Art, wie hier Herr Werner Beamte persönlich angegriffen hat, die sich nicht vertheidigen können, nicht der Art dieses Hauses entspricht. (Sehr wahr!) Ich verlange aber eine Verbilligung des Briefpostos. Herr Stephan verhängt sich hinter finanzielle Bedenken. Das ist der alte Stephan nicht. (Geisterzeit.) Ich frage ihn, was für finanzielle Bedenken machten sich geltend, als er davon ging, das einseitliche 10 Pfennig-Porto einzuführen. Auch die Fernsprechgebühren müssen ermäßigt werden. Eine Herabminderung der Gebühren wird die Benutzung steigern, also keine finanzielle Schädigung zur Folge haben. In Berlin hatte ich den Preis von 150 Mk. nicht für so hoch, aber in den kleineren Orten. Befähigt er in den großen Städten den jetzigen Preis bei, so ist schon die Hälfte der Einnahmen von der Gefahr eines finanziellen Mißerfolges ausgeschlossen. Das Prinzip von Leistung und Gegenleistung muß maßgebend sein. Die Ablehnung der Erhöhung der Gewichtsgrenze für Briefe halte ich geradezu für eine Zurückdrängung eines Kulturfortschrittes. (Weißall.) Man muß jetzt wie in früherer Zeit wieder auf die Art des Papiers Rücksicht nehmen, auch auf die Größe der Handschrift kommt es heute an. Deutschland läßt in dieser Frage Deutschland den Vortritt. (Sehr richtig! links.) Sind dort die Finanzen etwa besser als bei uns? Sind wir nicht grade postfalsch mit Oesterreich am engsten verbunden. (Weißall.)

Staatssekretär v. Stephan: Ich bin dem geehrten Herrn Vorredner zunächst sehr dankbar für die Worte, die er am Anfang seiner Rede gesprochen hat. (Geisterzeit.) Wir können doch auf solche Beschuldigungen hier nicht antworten, mit denen wir hier überfallen werden. Im Uebrigen muß ich dem Vorredner erwidern, die von ihm berührten Fragen kann ich hier als Generalpostmeister nicht beantworten, ich bin hier Vertreter der verbundenen Regierungen, deren Anschauungen ich hier Ausdruck geben muß. Gewiß ist das 10 Pfennig-Porto zunächst als amerikanischer Schwindel bezeichnet worden. Aber jetzt ist doch der Verkehr sehr gestiegen und einer solchen Steigerung nicht mehr fähig. Im Bundesrath herrscht für die Verkehrsanstalten das lebhafteste Interesse, aber es giebt noch andere Mächte, die Landwirtschaft und Industrie. Es fragt sich, ob wir ein paar Millionen verschmerzen können. Darauf wird die Weiterberathung betragt.

Persönlich bemerkt
Werner (Antif.): Er könne dem Unterstaatssekretär Fischer nicht das Recht einräumen, das Verhalten und Auftreten eines Abgeordneten zu rügen. Dies Recht habe nur der Präsident. Er habe nicht ungerechtfertigte Angriffe erhoben, sondern nur ein ungehöriges Verhalten von Beamten gezeigelt.
Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Berathung.)
Schluß 6,15 Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

29. Januar.

Achtung! Metallarbeiter! Der Zuzug von Schlossern, Schmieden, Drehern, Klempnern, Verzinnern, Brennern und sonstigen Hülfsarbeitern nach dem Emailirwerk von Carl Thiel u. Söhne ist streng fernzuhalten. — Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Das Streikomitee ersucht, bei Zeichnung von Gelder für die streikenden Arbeiter von Thiel u. Söhne nur auf solche Sammellisten zu zeichnen, welche vom Lübecker Gewerkschaftskartell herausgegeben und mit dem Kartellstempel versehen sind.

Ein üppiges Gelage ist nach Ansicht des hiesigen Fabrikantenorgans vor einiger Zeit in dem zum „Vereinshaus“ „degradirten“ „Patrizierhause“ abgehalten worden. Jeder verständige Mensch weiß, daß er sich um eine kleine Festlichkeit gehandelt hat, welche von den theilnehmenden Bauherren und Lieferanten veranstaltet wurde, und daß von „Leppigkeit“ nicht im Entferntesten die Rede sein konnte. Man hat, wie das in solchen Fällen Unus ist, nach vollbrachter Arbeit einmal ein paar Groschen springen lassen und sich bei alledem in sehr bescheidenen Grenzen bewegt. Das erwähnte Organ hat das ganz belang- und harmlose Vorkommniß in demagogischer Weise ausgenutzt. Was sagt es aber zu dem Gelage, das am 27. Januar 1897 im Rathswinkel abgehalten ist? Unter den Klängen der Siegesbannermelodie und des „Sanges an Aegir“ ist dort verzehrt worden:

Frühje Schildkröten-Suppe. — Dampfpfeifer-Rüden mit Trüffel. — Sterlet auf russische Art. — Karthäuser Pastete. — Kranke- und Vogel nach Lucull. — Stangenpargel mit Schlagrahmtunke. — Stehrischer Kapana. Salat und eingemachte Früchte. — Wischmann-Eis. — Butter, Käse und Käsestangen. — Engl. Sellerie. — Nachtisch.

Weine (pro Flasche bis zu 13 Mk.) haben natürlich nicht gefehlt. Gedenken die bürgerlichen Pressmenschen bei dieser Gelegenheit auch der hungernden oder eingekerkerten Arbeiter? — Auch im „Rasinosaal“ hat man nicht ge-darbt. Wir wollen auch das Menu dieses Gelages mittheilen, vielleicht bringt es ein „hungernder“ Arbeiter fertig, nach dem Recepte, welches W. Hauff im „Mann im Monde“ gegeben, beim Lesen dieser Zeilen seinen Inurrenden Magen illusorisch zu beruhigen. Es lautet: Westmoreland-Suppe. — Dammwilde auf deutsche Art. — Sezungen-Bearnaise. — Reibhühnerbrüster nach Lucull. — Straßburger Gänseleberpastete. — Spinat mit Krabben. — Mezer Pastahäner. — Kompot. — Salat. — Mandarinen-Gefrorenes. — Käse. Käsestangen. Butter. — Frische Ananas. Die Medaille hat nicht bloß eine Rehrseite, sie hat anscheinend recht viele Seiten!

Rubel im Lande! In den letzten Wochen sind größere Mengen neuer russischer Silberrubel in Deutschland in betrügerischer Absicht verbreitet worden, ähnlich wie seiner Zeit dies mit österreicherischer Silbergulden geschah, die bei uns als 2-Markstücke kursirten, während sie nur 1.70 bis 1.75 Mk. Werth hatten. Bei den Silberrubeln, die unseren 3-Markstücken bei oberflächlicher Betrachtung sehr ähnlich sind, ist der Verlust ein größerer. Ihr Werth beträgt heute 2,17 Mk.; es

entsteht dem Eigenthümer ein Schaden von 83 Pf. Eine größere Gefahr aber liegt noch in der Weitergabe des Geldstücks, die unter Umständen als Betrug erscheinen kann. Darum Vorsicht!

Der altgewohnten, lieben Schiefertafel, ohne die man sich bisher die kleinen A.B.C.-Schlägen gar nicht denken konnte, wird bald das Grablied gesungen werden. Den Vorstehern der Berliner Schulen ist von der Behörde anheimgegeben worden, statt Griffel und Schiefertafel für den ersten Schreibunterricht Bleistift und Papier einzuführen. Diese Neuerung wird allerdings von Pädagogen und Lehrern immer dringender empfohlen, weil die Schrift auf der Tafel oft undeutlich ist und das Schreiben mit dem Griffel die Leichtigkeit der Schrift beeinträchtigt. — Wenn der Schreibunterricht in dieser Weise eine Aenderung erfährt, wird das überall anerkannt werden, nur müßte den Schülern der Volksschule das Schreibmaterial unentgeltlich geliefert werden.

Vertragsverletzung. Für Bretterträger und ähnliche Arbeiter ist eine Entschädigung von einschneidender Bedeutung, durch welche das Berliner Gewerbegericht einen Rechtsstreit des Bretterträgers Engler gegen die Firma Schäffer erledigte. Engler hatte das Entladen zweier Kisten in Alford übernommen. Nach der ersten Ladung ließ ihn sein Helfer in Stich und er war gezwungen, sich am dem Morgen, an dem das Entladen des zweiten Kistes beginnen sollte, erst nach einem anderen Helfer umzuzeigen. Als er dann die Arbeit beginnen wollte, hatte Schäffer sie bereits an andere Leute vergeben. Er beanspruchte nun den entgangenen Verdienst im Klagewege, indem er betonte, daß er bald nach dem Zeitpunkt, an dem die Entladung ihren Anfang nehmen sollte, auf der Betriebsstätte erschienen sei. Der Gerichtshof wies ihn jedoch unter folgender Begründung ab: Kläger habe es übernommen gehabt, für den rechtzeitigen Beginn jeder Entladung, sowie dafür zu sorgen, daß ein Helfer zur Stelle sei. Er habe dies bei der zweiten Ladung nicht vermocht, sei also nicht in der Lage gewesen, den eingegangenen Vertrag völlig zu erfüllen. Unter diesen Umständen hätte aber auch der Beklagte den Vertrag nicht erfüllen brauchen.

Wasser zu verbrennen — das klingt sicher so paradox wie möglich, doch giebt es, wie ein chemisches Blatt erzählt — in Berlin nicht weniger als sechs Chemiker, die mit allen Mitteln der Wissenschaft und Technik dem sich gesteckten Ziele zuarbeiten, nämlich Wasser brennbar zu machen. Die Idee ist keineswegs so neu und originell, als es auf den ersten Augenblick erscheint. Schon bedeutende Chemiker haben sich mit der Entdeckung eines geeigneten Verfahrens beschäftigt; läßt es sich doch kaum in Gedanken ermeslen, welchen ungeheuren Werth und was für einen Umwälzung in unserem ganzen wirtschaftlichen Leben eine solche Erfindung oder Entdeckung nach sich ziehen müßte. Das Wasser besteht bekanntlich aus zwei Stoffen: Wasserstoff und Sauerstoff, die beide, gasförmig erhalten, in geeigneter Weise und Mischung zusammengebracht, eine helle und leuchtende Flamme geben. Hier auf bauen die Zukunftsfinder auf und hoffen eine Umwälzung auf allen den Gebieten zu bewirken, wo wir heute mit Petroleum, Gas, Kohlen oder sonst was brennen, heizen und kochen. Alle Verbrennungstoffe sollen durch Wasser ersetzt und völlig überflüssig werden, da Wasser ja so gut wie unendlich überall zu haben ist. Wir würden dann also unsere Lampen, Laternen u. umsonst mit Wasser brennen, eine Perspektive, auf die jede Hausfrau in Anbetracht der theuren Petroleumpreise mit Entzücken blicken wird. Wir werden dann weiter mit Wasser nicht nur unsere Stubenöfen, sondern auch die Dampfmaschinen heizen und somit an Kohlen ungeheure Mengen sparen, freilich aber auch wieder ganze Industrien lahm legen, ja vielleicht vernichten. Einer der Herren Erfinder behauptet jetzt schon, fast am Ziele zu sein und will nächstens seine Erfindung publiziren. Qui vivra, verra!

Stadt-Theater. Lohengrin. Große Oper in 3 Akten von Richard Wagner. Schon zu Beginn der jetzigen Saison wurde diese Oper hier zur Aufführung gebracht, konnte aber infolge mangelhafter Besetzung verschiedener Partien keinen Beifall finden; die Vorstellung am Donnerstag dagegen wurde, da die Mängel der ersten diesjährigen Aufführung größtentheils beseitigt waren, von dem sehr gut besetzten Hause lebhaft applaudirt. Allerdings hatten zwei Sänger von auswärts hinzugezogen werden müssen, um überhaupt die Wiedergabe dieser hier stets gern gesehenen Oper zu ermöglichen. Beide Gäste, Herr Cronberger und Herr Tomaszek sind dem Lübecker Theaterpublikum alte Bekannte, namentlich der erstere ist ein hier in gutem Andenken stehender Künstler. Die Titelpartie wurde von Herrn Cronberger, der über eine schöne und wohlklingende Tenorstimme verfügt, in gesanglicher wie darstellerischer Beziehung recht angemessen wiedergegeben. Namentlich erzielte der Sänger mit der großen Scene im Brautgemach, wo seine schönen Stimm-mitteln zur vollsten Geltung gelangen, einen starken Erfolg. Auch die berühmte „Grakenzählung“ sang Herr Cronberger vorzüglich. Seine Partnerin Fräulein Hubenia (Elfa) hatte ihre Rolle noch besser wie früher ausgestaltet und konnte es ihr an Hervorrufen nicht fehlen; sie ist eine so anmuthige und reizende Elfa, wie man sie besser sich kaum wünschen kann. Herr Saran ist ein tüchtiger Tenor und seine gefristete Darbietung stand auf derselben Höhe wie früher; ebenso konnte man mit Fräulein Sedele als Ortrud zufrieden sein. Der König des Herrn Tomaszek war in der Darstellung gut, doch hätten wir in gesanglicher Beziehung lieber Herrn Roth's gehört. Von der Edelknecht that sich Fräulein Sewa angenehm hervor. Herr Kral als Heerrufer entgleiste im ersten Akte einmal vollständig. Die Chöre klangen zum Theil unrein. Herr v. Strauß leitete die Aufführung mit sicherer Hand und dürfte ihm nicht der kleinste Theil an dem Gelingen des Ganzen zuzuschreiben sein.

Schwindelkirma in Antwerpen. Der „Reichsanz.“ schreibt: Renardings sucht eine Antwerpener Firma, die sich „Internationale Bank, Antwerpen“ nennt, durch Zeitungsanzeigen Agenten anzuwerben, denen ein reichlicher und müheloser Verdienst zugesichert wird, wenn sie den Vertrieb von Loosen und Antheilscheinen zu Lotterien, die in Deutschland verboten sind, übernehmen. Es handelt sich hierbei um die Fortsetzung eines Schwindels, den ein gewisser Adam Molsberger in Gemeinschaft mit einigen anderen zweifelhaften Personen, darunter einen Georg Dilke, ebenfalls von Antwerpen aus, unter der Firma „Antwerpener Kommissionsbank“ betrieben und der den Behörden in Antwerpen und Konstantz schon Veranlassung zum Einschreiten gegen Molsberger und Genossen gegeben hat. Es kann daher bei der Anknüpfung von geschäftlichen Beziehungen zu der „Internationalen Bank“ nur zur größten Vorsicht gerathen werden!

Eigenthumsvergehen. Mittwoch Nachmittag wurde einem Handelsmanne aus Groß-Grönu von seinem in der Mühlenstraße stehenden Wagen ein weißer Spahnorb,

gez. J. Böhs, mit 4 Pfd. Mettwurst gestohlen. — In einem hiesigen Geschäft erschienen Mittwoch Abend zwei Knaben, die für ihren Vater, der Geschäftsmann sein sollte, ein Postalbum zur Ansicht forderten. Man gab ihnen das Verlangte. Schon nach kurzer Zeit erschienen die Jungen wieder und erklärten, das mitgegebene Album sei ihrem Vater nicht gut genug. Infolgedessen verabschiedete man ihnen zwei bessere, um so den anspruchsvollen Vater endlich zu befriedigen. Nachdem sich die Knaben dann entfernt hatten, vermehrte die Geschäftsinhaberin 3 Kompass, 1 Crayon und eine Porzellanfigur, die vorher auf dem Ladentisch gelegen hatten, und die Frau nimmt an, daß die Knaben die Sachen haben mitgehen heißen.

Hamburg. Zum Streik der Hafenarbeiter und Seelente. Der Hamburger Hafen bietet zur Zeit einen trüblichen Anblick dar, denn der Verkehr der Oberländer Rähne, sowie Kastenbuden und anderer Leichtfahrzeuge ist in Folge des eingetretenen Thauwetters und umgeschlagenen Windes total in's Stocken gerathen. Gewaltige Eismassen werden in die einzelnen Hafenbassins hineingetrieben, so daß selbst die größeren Fahrzeuge nur mit vieler Mühe anlegen können. Die Arbeit stockt daher so gut wie gänzlich. Von den gegenwärtig an den Kais und auf dem Strom liegenden 172 Dampfern befinden sich noch 27 seit dem vorigen Jahre hier. Auf den Seglern ruht die Arbeit so gut wie gänzlich.

Der Arbeitgeberverband hat es für angebracht gehalten, in der „National-Ztg.“ einen Artikel über den Hamburger Streik ablagern zu lassen, der sich in dem allbekannten Geleise bewegt, in dem die Auslassungen der von den Unternehmern gecharterten Presse sich von jeher hielten. Neues bietet er also nicht. Gegenüber der stetig wiederkehrenden falschen Darstellung, wonach die Arbeiter alle Verhandlungen unmöglich gemacht hätten, verweisen wir wiederholt auf die Thatfache, daß die Arbeiter den Versuch gemacht haben, Verhandlungen mit den Arbeitgebern anzubahnen, weil diese sich stets ablehnend verhielten, und daß auch im November v. J. die Stauer und Heber nach einer nichts sagenden Scheinkonzeption jede weitere Verhandlung mit den Schauerleuten abzuhnten und damit den Streik provozierten, weil im Arbeitgeberverband längst beschlossen war, daß ohne dessen Zustimmung die Unternehmer im und am Hafen überhaupt weitergehende Konzessionen den Arbeitern nicht machen durften und auch heute noch nicht machen dürfen, weil sie nach wie vor der Vormundschaft des Arbeitgeberverbandes unterstehen, der Jeden in Ver-ruf erklären würde, der sich ihm nicht unterordnet! — Das ist die Wahrheit! Die „Liberale Korrespondenz“ schreibt bezüglich des Nachtstreikes u. A.: Von Anfang an war die Leitung der Verhandlungen den Hebern aus den Händen genommen und vom Arbeitgeberverbande, in welchem allerhand Elemente, die mit dem Hafen gar nichts zu thun haben, das große Wort führen, vollständig an sich gerissen. Im Interesse der Werft- und Metall-Industriellen, die für das kommende Frühjahr einen Streik befürchten, mag es liegen, den Streik im Hamburger Hafen zu verlängern und durch die ungeheuren Kriegskosten, die die Arbeiterchaft ganz Deutschlands sich auferlegt, die Kassen der Gewerkschaften zu leeren. Im allgemeinen Interesse aber liegt es durchaus nicht, daß dieser Streik nutzlos verlängert wird. Wir hoffen, daß im Arbeitgeberverbande die eigentlichen Interessenten, welche, wie so häufig, gerade das gemäßigste Element darstellen, wieder in den ihnen gebührenden Vordergrund treten. Sie haben es in der Hand, mit einem Worte den Frieden herbeizuführen.

Hamburg. Wegen Beleidigung des Königs der Belgier, so schreibt das „Hamb. Echo“, ist auf Antrag des Letzteren durch Vermittelung des Reichskanzleramts in Berlin auf Grund § 103 des Str.-G.-B. gegen unseren zur Zeit im Kabiengefängniß befindlichen Genossen Stenzel als verantwortlichen Redakteur des „Hamö. Echo“ ein Strafverfahren eingeleitet worden. Die Beleidigung soll enthalten sein in der Notiz in der Nr. 272 des „H. E.“, in der unterschiedliche allgemein bekannte Eigenschaften des Königs der Belgier glossirt werden. Sollte sich das Vorverfahren zu einer Anklage verdichten, werden wir nicht versäumen, einen umfangreichen Wahrheitsbeweis anzutreten. Die Hauptverhandlung wird dann eine äußerst interessante werden. Wir wollen übrigens bemerken, daß das belgische Strafgesetz die „Majestätsbeleidigung“ nicht kennt; König Leopold muß sich also schon nach dem mit Strafgesetzen so reich gesegneten Deutschen Reiche flüchten, um die Beleidigung seiner „Majestät“ bestraft zu sehen. Das kann heiter werden!

Nr. 2. Ziehungstage der 3. Klasse der 311. Hamburger Stadt-Lotterie wurden folgende Nummern mit nachstehenden Hauptgewinnen gezogen:

Nr. 68397 mit 10000 Mk. Nr. 89312 mit 2000 Mk. Nr. 63281 104083 & 1000 Mk. Nr. 9027 28745 & 400 Mk. Nr. 4462 20956 35161 64295 75715 & 300 Mk. Nr. 6899 43213 54439 70900 73799 74349 80249 82077 86701 89647 95234 97722 98724 99245 108079 108815 & 150 Mk. (Ohne Gewähr.)

Flensburg. Der verhaftete Ludwigsen hat den Hochruper Frauenmord soeben eingestanden.

Oldenburg. Ein Brauer Güterzug ist auf der durch den Sturm beschädigten Rönnebrücke entgleist. Der Lokomotivführer ist getödtet.

Neueste Nachrichten.

Berlin. In der Bundesrathssitzung am Donnerstag wurde dem Ausschußbericht, betreffend eine Zusafatte

und eine Deklaration zur Berner Uebereinkunft über die Bildung eines internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst vom 9. September 1886 die Zustimmung erteilt.

Berlin. Der Handelsvertrag zwischen dem Reich und dem der dominikanischen Republik ist, wie der „Reichsanzeiger“ mittheilt, in Folge Kündigung durch die dominikanische Regierung außer Kraft getreten.

Arnstadt (Thüringen). Wie amtlich gemeldet wird, fuhr Mittwoch Abend gegen 9³/₄ Uhr auf einen vor dem Abflusssignal des Bahnhofes Arnstadt haltenden Güterzug eine aus der Richtung von Blaue nachfolgende einzelfahrende Maschine auf, wodurch die 4 letzten Wagen des Güterzuges sowie die aufgefahrene Maschine entgleisten und beschädigt wurden. Ein Bremser des Güterzuges brach bei dem Zusammenstoß das Genick; der Tod trat sofort ein. Weitere Verletzungen von Personen sind nicht vorgekommen. Der Güterzug hatte in Folge des Schneesturmes über zwei Stunden Verspätung gehabt. Die alsdann nachfolgende Maschine war bei der Block-

station Siegebach versehentlich durchgelassen worden, bevor die Rückmeldung des Güterzuges von Arnstadt erfolgt war.

Bombay. Nach amtlichem Ausweis beträgt die Zahl der Erkrankungen an der Pest 4396, die Zahl der Todesfälle 3275. In Karachi erkrankten bis jetzt 694 Personen an der Pest von denen 644 starben; in Poona erkrankten 65 Personen, von denen 60 starben. Auch aus Surat, Baroda, Ahmadabad, Kathiawar und Cutch werden Pestfälle gemeldet.

Briefkasten.

G. M. Geldstrafen bis zu 150 Mk., Haft bis zu 6 Wochen und die damit verbundenen Gerichtskosten.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 28. Januar.

Der Schweinehandel verlief gut. Ingeführt wurden 1070 Stück, davon vom Norden vom Süden — Stück. Preise: Verandtschweine schwere 50—52 Mk. leichte 48—51 Mk., Gansen 42—47 Mk. und Ferkel 45—48 Mk. pr. 100 Stk.

Angekommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angekommen:

Donnerstag, den 28. Januar.

Vormittags.
9,50 D. Helig, Schulz, von Reval in 3 Tg.
Nachmittags.
2,30 D. Fehmarn, Schacht, von Fehmarn in 3 St.

Abgegangen:

Donnerstag, den 28. Januar.

Vormittags.
10,15 D. Alice, Herweg, nach Reval.
11,25 D. Meta, Ehler, nach Fehmarn.

Freitag, den 29. Januar.

Vormittags.
9,— D. Der Preuße, Bethmann, nach Königsberg.

Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr B.: WSW, schwach. — 6,38 m. 5 Grad Kälte.

Schiffsbewegung in der Ostsee.

Dampfer Trade ist von Reval auf hier abgegangen. Dampfer Bar ist von Warnemünde nach London abgedampft.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir eruchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Dankagung.

Allen denen, welche unserm Freund August Kubat die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, sowie dem Gesangsverein für seinen schönen Grabgesang und insbesondere dem Herrn Pastor Egge für seine trostreichen Worte sagen wir unseren innigsten Dank.
C. Jürgens und Frau.

Ein Parterre-Zimmer

an einen jungen Mann zu vermieten
Schildstraße 1.

Eckhaus mit Krämerei sofort unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen. Off. n. Z. V. an die Exp. d. Bl.

Kleines Haus sofort bei geringer Anzahlung zu verk. Off. unter Gen. 6 an die Exp. d. Bl.

Die Tilsiter Niederungen-Central-Dampfmolkerei Adl.-Gr.-Britannien, Ostpr., sucht für Lübeck und Umgegend einen bei der Detail-Kundschaft gut eingeführten

Agenten

zum Vertrieb Ihrer echten Tilsiter Wollfett-Käse.

Empfehle mich zu allen in meinem Fach vorkommenden Arbeiten.

Bestellungen nach Maß.
Billige Bedienung. Gute Arbeit.
Hochachtungsvoll

F. Schomann, Schuhmacher.
Engelstraße 61/13.

Durch Zufall gute Bauernbutter
Pfd. 90 Pfg., empfiehlt
Heinr. Wischendorf, Königl. 88.

**Colonial- und Fettwaaren,
Tabak und Cigarren**

empfehle in vorzüglicher Qualität
Wih. Körner, Reiserstr. 17 a.

Habe
2 junge kräftige Pferde
geschlachtet, wovon ich meinen
werthen Kunden bestens empfehle.
H. Dose, Hundstraße 62

Ernst Wulff,
Danforthstr. 34.

Empfehle täglich:
frisches Fleisch, Hohl-
fleisch, feines Rauch-
fleisch und frische Wurst.

**Ba. Suppenfleisch,
feine Bratenstücke,
gekochtes Hohlfleisch, Rauchfleisch.**

Frau S. Becker.

Am heutigen Tage eröffne ich
Mühlenbrücke 7 ein Special-Geschäft

in Fettwaaren und empfehle a. U. zu außerordentlich billigen Preisen in nur prima Waare:

Schöne Margarine, Pfd. 55 Pf.
Feine Margarine, Pfd. 50 Pf.
Feines w. Schmalz, Pfd. 40 Pf. u. 2 Pfd. 75 Pf.
Feinste Meiereibutter, Pfd. 1,20 Mk.
ff. holländ. Rahmkäse, Pfd. 80 Pf. u. 1 Mk.
ff. Tilsiter Käse, Pfd. 60 Pf. und 70 Pf.
ff. Schweizer Käse, Pfd. 50 Pf.
ff. Russischer Steppenkäse, Pfd. 40 Pf.
Pikanter Gold. Käse, Pfd. 20 und 25 Pf.
Sehr feine Lebertonur, Pfd. 60 Pf.
Sehr f. Branstück, Pfd. 60 Pf.
Extra f. Westfälische Salzwurst, Pfd. 60 Pf.
Hochf. Westfälische Mettwurst, Pfd. 1 Mk.
Hochf. Westfälische Cervelatwurst, Pfd. 1,20.

Mühlenbrücke 7. **Joh. Breede.**

Gr. Inventur- u. Reste-Ausverkauf.

Hauskleider-Reste, 6 Metr., von Mk. 1,40 an,
bessere Kleider von Mk. 4 an.

Einen Posten Corsetts (bessere Qualitäten), größere Weiten
wegen Aufgabe zu unerreicht billigen Preisen.

Wollwaaren (Unterröcke, Capotten etc.)
unterm Einkaufspreis.

Schwarze Kleider-Reste (zur Confirmation)
besonders billig.

Wollgarne, wegen Aufgabe, überaus billig.

L. Duve, Gr. Burgstraße 32.

Die so sehr beliebten Thee-Schürzen zu 10 Pfg. sind auch im
Ausverkauf vorhanden. Rest der halbseidenen Ballstoffe (alle
Farben) Robe Mk. 9.

Ihre nur aus bestem Hopfen und Malz ge-
brauten Biere, Lager-, Tafel- und Münchener
(nach Münchener Art gebraut), empfiehlt die
Adler-Brauerei.
Inh.: G. Teichgräber.

Großes Lager Uhren
aller Art.
Regulateure von 12 Mk. an
Gerrnuhren von 7 Mk. an
Damen-Memontoir, 10 Steine,
von 15 Mk. an
Uhren reinigen . 1,50
Federn einsetzen . 1,50
Uhrgläser 1. Qual. 0,30
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hügelstraße 32.

In dritter verbesserter Auflage liegt vor:
Joh. Sassenbach

Die Freimaurerei.

Kurze Geschichte, Thätigkeit und
innere Einrichtung.

Verlag von J. Sassenbach, Berlin 4.
Preis 40 Pfg.

Zu beziehen durch die
Expedition des Lübecker Volksboten

Volkslexikon

Nachschlagebuch

für sämtliche Wissenszweige
mit besonderer Berücksichtigung der Arbeiter-
Sefehgebung, Gesundheitspflege, Handels-
wissenschaften, Sozialpolitik,
nebst Generalregister.

Unter Mitwirkung von Sachverständigen heraus-
gegeben von

Emanuel Warm.

Erscheint in Lieferungen à 20 Pfennig.

Empfehlungs-Karten

liefert prompt und sauber

Friedr. Meyer & Co.

Schöne Bauern-Butter, Pfd. 1 Mk.
Frommhagen, Mühlenstraße 81.

Die Schweine-Schlachtereier

von
W. Strohfeldt

73 Glockengießerstraße 73

empfehle:

Frische Hühner, Pfd. 50 Pf.
Schweinefleisch . . . Pfd. 50 Pf.
Carbonade . . . Pfd. 60 Pf.
Quefleisch . . . Pfd. 50 Pf.
Prima Schmalz . . . Pfd. 60 Pf.
Braten-Schmalz . . . Pfd. 30 Pf.
Kopf und Bein . . . Pfd. 25 Pf.
Geräucherter Speck Pfd. 60 Pf.
Gekochte Mettwurst Pfd. 60 Pf.
Geräuch. Mettwurst Pfd. 70 Pf.

Achtung!

Schuhmacher!

Heute Freitag den 29. Januar
Abends 8¹/₂ Uhr

Oeffentliche Versammlung

im Vereinshaus, Zimmer Nr. 8.
Tages-Ordnung:
Der Streik bei der Firma Tieck in
Ottensen. Referent wird in der Versammlung
bekannt gegeben.

Der Einberufer.

Arbeiter- Sänger-Bund Lübeck.

Am Sonnabend den 30. Januar
Abends 8¹/₂ Uhr

General-Versammlung

im Vereinshaus, Johannisstr. 50.

COLOSSEUM.

Heute Sonntag:
Große freie Tanzmusik.

Anfang 4 Uhr.
W. Dasser.

NB. Sonntag den 14. März:
Große Volksmaskerade.

Einladung zum
Bürger-Masken-Ball

am Sonntag den 31. Januar
im Hotel „Germania“, Travemünde.
Kasseneröffnung 7¹/₂, Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand.
Masken-Garderobe ist im Lokal zu haben.
G. Ebel.

Circus Variété

Sonnabend u. Sonntag:
Die letzten

Vorstellungen
in dieser Saison!

Stadttheater in Lübeck.

Sonnabend den 30. Januar:
Außer Abonnement.

Abends 7 Uhr.
Gewöhnliche Opernpreise.

5. Gastspiel der Prima ballerina
und Balletmeisterin

Frl. Paula Tagliani.

Mit durchweg neuer Ausstattung an Dekorationen,
Costümen, Maschinen, Requisiten etc.

Zum 5. Male:
Phantasien im Bremer Rathskeller.

Phantastisches Tanzbild frei nach W. Hauff
von E. Graeb.

Dargestellt und getanzt vom gesammten Solo-
und Chorpersonal.
Zu Anfang:

Cavalleria rusticana.

Hierauf:
Das Fest der Handwerker

Sonntag den 31. Januar,
Nachm. 4 Uhr:

Außer Abonnement.
Einmalige große
Fremden-Vorstellung.

Gewöhnliche Opernpreise.

6. Gastspiel der Prima ballerina
und Balletmeisterin

Frl. Paula Tagliani.

Mit durchweg neuer Ausstattung an Dekorationen,
Costümen, Maschinen, Requisiten etc.

Zum 6. Male.
Phantasien im Bremer Rathskeller.

Phantastisches Tanzbild frei nach W. Hauff
von E. Graeb.

Dargestellt und getanzt vom gesammten Solo-
und Chorpersonal.
Vorher:

Neu! **Großer Erfolg!** **Großer Erfolg!**
Das Wetterhäuschen.

Musikal. Genrebild in 1 Aufzuge von Adriaan Bos.
Abends 7 Uhr
73. Abonnem.-Vorst. 1. Abthlg.: Blau.
Doppel-Vorst. zu einfachen Kassenspreisen.
Das Glöckchen des Gremiten.
Römische Oper in 3 Aufzügen von Mailart.
Hierauf:
Der Widerspänstigen Zähmung.
Lustspiel in 4 Aufzügen von Shakespeare.
Gewöhnliche Opernpreise.

Der Streik in den Schieferbrüchen des Lord Penrhyn.

Die Arbeiter auf den Lord Penrhyn gehörigen, in der Nähe von Bangor in Nord-Wales gelegenen Schieferbrüchen führen seit dem Monat Oktober gegen ihren Arbeitgeber einen Kampf, der in der Presse und beim Publikum mit größter Theilnahme verfolgt wird und in der allernächsten Zeit auch das Parlament beschäftigen wird. Die Arbeiter kämpfen nicht nur um bessere Arbeitsbedingungen, sondern vor allem auch um ihr freies Koalitionsrecht. Dies giebt dem Kampf eine prinzipielle Bedeutung, die noch dadurch erhöht wird, daß Lord Penrhyn sich gegenüber den billigen Forderungen seiner Arbeiter schroff ablehnend verhält und gegen die Arbeiter Repressivmaßregeln ergriffen hat, die allgemeine Mißbilligung finden. Schon der Vater des jetzigen Lord Penrhyn, der schottische Oberst Pennant, welcher vor 50 Jahren von jenem schieferhaltigen Boden Besitz ergriff, drohte im Jahre 1865 mit Schließung der Steinbrüche, weil die Arbeiter daran dachten, sich zu einem Gewerksverein zu organisieren. Diese Tradition befolgt der Sohn weiter: er hat am Ende vorigen Jahres seine sämtlichen Betriebe geschlossen, weil seine Arbeiter sich wieder einmal organisieren wollten; und die 10,000 Menschen, die von dem Betrieb jener Schieferbrüche leben, sind arbeitslos geworden. Im Jahre 1874, nachdem der frühere Lord Penrhyn wieder einmal mit Schließung der Steinbrüche gedroht hatte, weil seine Arbeiter einen fremden Gewerksverein unterstützten, gab es einen Streik, durch den die Schieferhauer die Bildung eines Arbeitsausschusses für sich erzwangen. Derselbe bestand bis 1885, wurde dann aber vom Unternehmer aufgehoben. Beschwerden über Arbeits- und Lohnverhältnisse machten im vorigen Jahre die Bildung eines neuen Komitees nöthig. Die Ausbeutung der Schieferbrüche geschieht hauptsächlich in der Weise, daß eine Reihe von Bruchstellen einzeln auf Monatsdauer an Leute, die im Dienste des Lord Penrhyn stehen, verpachtet wird. Die Pachtsumme ist je nach der Güte der Bruchstelle verschieden. Die Arbeiter, welche der Pächter anstellt, verdienen bald 5 L. St., bald 5 Schilling monatlich, je nachdem, was sie aus der guten oder schlechten Bruchstelle herauschaffen. Sie verlangen nun erstens einen Minimallohn, gleichviel welche Ausbeute gewonnen wird; außerdem fordern sie, daß den Pächtern das Weiterverpachten ihrer Looje verboten wird.

Es hat sich auf diese Weise das „Schwizsystem“ eingeschlichen, und Leute, die nur Spekulanten sind, haben sich auf Kosten der Arbeiter bereichert. Eine andere Kategorie von Arbeitern, die in dem dort gesprochenen Wälisch „Rybelwyr“ genannt werden, Leute, die die einzeln herumliegenden Schieferblöcke bearbeiten, verlangen auch Besserung ihrer Lage. Nachdem die im August und September mit Lord Penrhyn geführten Unterhandlungen zu keinem endgültigen Resultat geführt hatten, beschloßen die Arbeiter am 26. September, daß im März 1897 ein Streik beginnen sollte, falls bis dahin ihre Forderungen nicht erfüllt wären, zugleich aber bestimmten sie, daß ihre Sache dem Handelsamt vorgetragen, damit dieses,

gemäß der Conciliation-Akte vom August 1896, wenn möglich eine friedliche Einigung vermittele. Zwei Tage darauf schloß Lord Penrhyn das gesammte neu gebildete Komitee der Arbeiter (71 Leute) von der Arbeit aus, worauf die Arbeiter mit wenigen Ausnahmen die Arbeit unverzüglich einstellten.

Ende Dezember entließ Lord Penrhyn auch die Arbeiter, die ihn bis dahin treu geliebt waren, den alten Leuten setzte er eine kleine Pension aus, die jüngeren erhielten je 1 L. St. zum Abschied. Nach der „Labour Gazette“, dem offiziellen Organe des Handelsamts, ist Lord Penrhyn auch daran Schuld, daß das Handelsamt nicht verführend eingreifen konnte. Lord Penrhyn weigerte sich, mit dem Ausschuss der Arbeiter, den er entlassen hatte, zu verhandeln, er verlangte eine andere Deputation. Außerdem lehnte er es ab, daß ein Mitglied des Handelsamts bei den Verhandlungen Zeuge sei. Wie der Lord überhaupt von dieser Behörde denkt, geht daraus hervor, daß er, glaubhafter Versicherung nach, den parlamentarischen Sekretär derselben, Lord Dublin, einen „impertinent outsider“ (unverschämten Mittläufer) genannt hat, gegen dessen Einmischung er protestire. Die Schließung der Schieferbrüche hat großes Aufsehen gemacht: der ganze Ort Bethesda, dessen 8000 Einwohner allein von den Betrieben des Lord Penrhyn leben, ist arbeitslos geworden, und die Ersparnisse der Leute sind schon aufgezehrt oder werden es bald sein. Lord Penrhyn, der aus den Schieferbrüchen 150 000 bis 200 000 Pfd. jährlich Gewinn zieht, läuft bei dem Streik so wenig Gefahr, wie selten ein Unternehmer. Ein Fabrikant verliert bei einem Streik Kunden, die der Konkurrent gewinnt. Das hat Lord Penrhyn weniger zu befürchten, zumal es nur noch drei oder vier Schieferbruchbesitzer giebt, die ihm keine Konkurrenz machen. Der Schaden, den ein Fabrikant hat, wenn seine Maschinen unbenutzt dastehen, hat auch Lord Penrhyn nicht, denn die Steinbrüche kosten ihm nichts, wenn der Betrieb ruht. Um so größer ist die Sympathie für die Arbeiter, selbst das „Daily Chronicle“ hat sich ihrer angenommen und eine Subscription eröffnet, große Gewerksvereine unterstützen sie außerdem und Abgeordnete, Geistliche und Private äußern sich in Wort und Schrift zu Gunsten der Arbeiter. Was den Fall selbst angeht, so zeigt sich, daß die „Conciliation-Akte“ im ersten wichtigen Falle ihre Wirkung verfehlt hat. Ob das ein Fehler der Akte ist, oder ein Fehler ihrer Anwendung, wird sich zeigen, sobald auf Parlamentsverlangen die bezügliche Korrespondenz des Handelsamtes veröffentlicht ist. Zweitens hat der Fall eingehende Diskussionen darüber veranlaßt, wie weit ein Lord Penrhyn zum Schaden der Gesellschaft mit seinem Eigenthum und mit seinen Arbeitern so, wie es geschehen ist, verfahren kann. Hat Lord Penrhyn auch nicht gegen das Gesetz verstoßen, indem er die Vermittlung des Handelsamtes ablehnte, hat er auch formell das Recht, seine Leute zu entlassen und seine Betriebe zu schließen, so verstößt er doch damit gegen seine sozialen Pflichten und diese zu erklären giebt der Fall besonderen Anlaß. In Wales selbst weist man auf ein altes Gesetz hin, das besagt: „Was wild und wüßt, gehört Gau und Gemeinde“ und man erinnert an die Thatsache, daß Oberst Pennant vor 50 Jahren mit Polizei-

gewalt von dem Boden Besitz nahm, wo die Väter der jetzigen Steinbrucharbeiter ihre Schafe weideten. In der englischen Arbeiterschaft ertönt auf's Neue der Ruf nach Verstaatlichung des Bodens, der Bergwerke und der großen Betriebe.

Als neulich ein Theil des Männerchores von Bethesda (derselbe gewann auf der Weltausstellung in Chicago und auf dem wälischen „Eisteddfod“ Preise) im City Temple zu London seine wälischen Hymnen vortrug, um damit der Streikkasse Geld zuzuführen, hielt der gefeierte Prediger Dr. Parker eine Ansprache, in der er sagte: „Diese Männer müßten die Steinbrüche gehören!“ Ein anderer Geistlicher aber bemerkte: „Noch zehn Lord Penrhyns, und die soziale Frage kommt in etwas schnelleren Gang!“ (Frankf. Ztg.)

Soziales und Partei-Leben.

Durch Wahlrechtsverschlechterung, das heißt durch Erhöhung des Zensus, ist es in der Stadt Braunschweig gelungen, die Sozialdemokraten bis auf einen aus dem Stadtverordnetenkollegium zu verdrängen. Bei der Hauptwahl war nur ein Sozialdemokrat in die Stichwahl gekommen, und dieser unterlag am 25. d. M. Der Schriftföhrer A. S. M. u. S., der Kandidat der Arbeiter, erhielt nämlich nur 736, sein bürgerlicher Gegner Nieß 787 Stimmen. Im Kollegium bleibt also den Sozialdemokraten nur der aus einer früheren Wahl hervorgegangene Vertreter. Die „Ordnungsparteien“ haben sich durch Vergewaltigung der Wähler einstweilen die Herrschaft gesichert. Aber auf wie lange?

Bei den Delegirtenwahlen für die Ortskrankenkasse der Kaufleute in Berlin haben die Sozialdemokraten sowohl in der Arbeitnehmer-, wie auch in der Arbeitgeber-Abtheilung, abermals gesiegt. Der erste Wahlgang fand im Dezember statt, wurde aber ein Formfehler wegen für ungültig erklärt. Die sozialdemokratischen Arbeitgeberkandidaten erhielten diesmal 853, die Gegenkandidaten 738 Stimmen.

Die „Magdeburger Volksstimme“ schreibt über die Haftentlassung des Genossen Baumüller, welcher eine 11monatliche Gefängnisstrafe wegen Raiberbeleidigung zu verbüßen hatte, Folgendes: Wie ein Lauffeuer hatte sich Sonnabend und Sonntag die Kunde verbreitet, daß Genosse Baumüller Mittags auf dem Hauptbahnhof eintreffen würde. Ohne daß in der Zeitung oder sonstwie hiervon Mittheilung gemacht war, hatten sich annähernd tausend Personen, Männer und Frauen, aus allen Stadttheilen, aus den um Magdeburg liegenden Ortschaften, ja sogar aus Schönebeck, eingefunden, um unseren aus Gommern zurückkehrenden Genossen zu empfangen. Die Geduld der Wartenden war auf eine harte Probe gestellt — der Zug, der Baumüller in den Kreis seiner Genossen führen sollte, hatte über eine halbe Stunde Verspätung —, doch dieselben harrten aus, trotz der Ungunst der Witterung. Diesem Umstande mag es zuzuschreiben sein, daß die Polizei von dem Massenaufgebot der Sozialdemokraten unterrichtet wurde. Nach 1 Uhr rückte der Kriminalinspektor Schmidt mit uniformirten und nicht-uniformirten Schutzeinheiten unter Leitung eines Kommissars

sicher, daß ihn sein Begleiter nicht in entlegene Nebenstraßen führen konnte. Er überließ sich ganz der Lust, den Betrüger zu betrügen, denn daß Herr Theudobald Laur der ehrenwerthen Gaunerzunft angehöre, darüber war unser junger Freund nicht einen Augenblick in Zweifel.

Die beiden jungen Männer gingen raschen Schrittes vorwärts. Herr Theudobald Laur machte sich so liebenswürdig als möglich, indem er seinem Begleiter alle öffentlichen Gebäude zeigte, ihn auf diese oder jene Sehenswürdigkeit hinwies und dabei den Faden des Gespräches nicht abreißen ließ; plötzlich aber blieb er stehen und sagte: „Fast hätte ich Ems vergessen. Sie haben einen weiten Marsch gemacht und müssen müde, hungrig und dürstig sein. Im Gasthof sind Speisen und Getränke theuer und schlecht. Wie wär's denn, — wenn wir in ein anständiges Restaurationslokal einkehrten, um uns ein wenig zu erfrischen?“

„Ich habe nichts dagegen!“
„Wollen Sie zugleich Berlin näher kennen lernen, als dies sonst Fremden möglich ist, so könnte ich Sie in ein Lokal führen, in welchem die feinsten Herren neben den Arbeitern verkehren, — ein Lokal, wie es gewiß kein zweites hier giebt. Gutes Bier, gutes Essen! Billig, vortrefflich! — Aber, mein Herr, als wahrer Freund habe ich die Pflicht, Sie zu warnen: nämlich, in dem Lokale wird gespielt, hoch gespielt. Lassen Sie sich nicht zum Spiel verführen!“

„Haben Sie keine Sorge.“
„Sie haben das Bewußtsein männlicher Kraft! Gut, ich habe Sie richtig erkannt! — Sie brauchen übrigens keine Sorge zu haben, der Kreis, in welchen ich Sie einführen werde, besteht aus genauen Bekannten von mir, Ehrenmännern in des Wortes schönster und edelster Bedeutung — (er zog bei diesen Worten den Hut etwas tiefer in's Gesicht), — vor diesen brauchen Sie sich nicht

Dorenberg.

Erzählung von Adolph Streckfuß.

(1. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Der grüne Baum? hm, ja. Ich will nichts gegen den grünen Baum sagen; verkennen Sie mich nicht, — durchaus nicht; aber ich möchte Ihnen doch die silberne Krone anrathen.“

„Weshalb diese besonders?“

„Erlauben Sie mir einige Fragen. — Wünschen Sie ein reinliches Bett?“

„Gewiß!“

„Gutes Essen, billige Preise?“

„Natürlich.“

„Anständige, schnelle, freundliche Bedienung?“

„Versteht sich von selbst.“

„Dacht ich's nicht? Ich habe Sie erkannt, mein Herr, — eine geheime Sympathie zog mich zu Ihnen, wie wäre ich sonst dazu gekommen, Sie anzureden? — Nun, wenn Sie einen Gasthof nach Ihrem Herzen wollen, dann gehen Sie in die silberne Krone.“

„Was aber haben Sie gegen den grünen Baum?“

„Ich will nichts dagegen sagen, durchaus nichts, das sei fern von mir; soll ich Ihnen aber als wahrer Freund und als Ehrenmann rathen, dann kann ich nichts anders sagen, als — die silberne Krone ist der Gasthof für Sie. — Ich habe meine traurigen Erfahrungen in Berlin gemacht, weil ich einsam ohne einen treuen Rathgeber in der großen Stadt dastand. Danken Sie es den wunderbaren Fügungen des Himmels, daß Ihnen dieser einen wahren Freund schenkte, der Ihnen rath. Gehen Sie in die silberne Krone, mein Herr, — auf meine, Theudobald Laur's Verantwortung!“

Ein Lächeln spielte um den feingeschnittenen Mund des jungen Studenten; der Eifer, den Herr Theudobald

Laur's anwendete, um ihn nach der silbernen Krone zu bringen, amüßte ihn. — „In welcher Straße liegt Ihr Gasthof?“ fragte er möglichst treuherzig.

„In der B*straße, nicht weit von der K*straße, aber weit anständiger als diese, denn ich darf es Ihnen nicht verhehlen, mein Herr, die K*straße steht in einem üblen Ruf und ist nicht geeignet, daß ein sittlich reiner junger Mann in ihr wohne. Ich habe nichts gegen den grünen Baum, aber meine Pflicht gebietet mir, Sie zu fragen: Haben Sie schon gehört, daß es in Berlin Gasthöfe giebt, in denen man die Fremden auf unverantwortliche Weise prellt, ihnen die Wäsche abnimmt, ihnen für schlechtes Essen hohe Preise abfordert? Dampfige, unreinliche Stuben! Betten mit Ungeziefer! Unfreundliche, langsame Bedienung! Haben Sie davon schon gehört? — Nun, mein Herr, in welchem Gasthof soll ich Sie führen?“

„In den grünen Baum!“

Herr Theudobald Laur blieb plötzlich stehen und schaute mit ungeheurer Verwunderung den jungen Mann an, der ihm mit der unschuldigsten Miene geantwortet hatte. — Ein Fehlschlag im Augenblick des gehofften Sieges! Seine Beredsamkeit war fruchtlos gewesen, er ahnte, daß er hier einen Gegner gefunden habe, der nicht wie jeder beliebige Provinz-Gimpel behandelt werden durfte. Er faßte sich indessen schnell genug und sagte verbindlich:

„Wie Sie wollen! Wäre nicht die K*straße, so könnte ich Ihnen in der That keinen besseren Gasthof empfehlen; aber — nun, Sie werden ja sehen! Lange werden Sie ohnehin nicht im Gasthof wohnen, sondern sich wohl bald eine Stube suchen. Ich stehe Ihnen gern zu Diensten und will Sie führen.“

Heldreich nahm den angebotenen Dienst ohne Weiteres an. Er hatte sich vor seiner Ankunft in Berlin auf dem Plan der Stadt einigermaßen orientirt und war daher

an. Dieselben hielten die Passage frei. Lautlos sahen unsere Genossen und Genossinnen dem einsigen Schiffsbeamten zu. Andere hatten auf dem Perron Platz genommen, den Zug erwartend, darunter der Polizeinspektor Schmidt. Endlich, nach langem Warten und Bangen, lief der Zug ein. Baumüller stieg aus; er sah sehr leidend aus. Die eismonatliche Gefängnishaft hat sein Gesicht gebleicht; aber er durchschritt hochgehobenen Kopfes die Reihen seiner Genossen, die sich um ihn scharten und ihm die Hand drückten. Frauen und Kinder hatten dem längst Vermissten Blumen gespendet — ein herzgerührender Anblick. So achtet und ehrt das Proletariat die Männer, die für unsere hohen Ziele Opfer bringen. Auf der Straße setzte sich der Zug fort, der Wohnung unseres Genossen zu. Überall blieben die Passanten stehen, überall Fragen nach der Ursache des Aufzuges. Und den Neugierigen wurde die Antwort nicht versagt: Wir haben einen der unsrigen aus dem Gefängnis geholt, der wegen Verleumdung des Kaisers elf Monate im Gefängnis schmachtete.

In Ravensburg hat bei der Wahl zum gewerblichen Schiedsgericht die sozialdemokratische Liste über die des katholischen Arbeitervereins gesiegt.

Der Kongress der Steinarbeiter lehnte mit 38 gegen 9 Stimmen den Anschluss an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ab. Der Antrag, den Kongress der sozialorganisierten Gewerkschaften zu beschicken, wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, weil man es ablehnte, sich in den Streit zwischen Zentral- und Lokal-Organisationen einzumischen.

Aus Begefac wird vom Streikkomitee mitgeteilt, daß der Ausstand der Zimmerer und Maurer in Begefac, Burgdam, Blumenthal und Umgegend laut Versammlungsbeschluss vom 19. Januar unverändert fortbauert. Der Zugang sei deshalb noch aufs strengste fernzuhalten.

In Chemnitz fand vor einigen Tagen eine Versammlung der Materialwaarenhändler des nördlichen Stadttheils statt, in der beschlossen wurde, um der Konkurrenz der Firma Wendler u. Agsten und des Allgemeinen Konsumvereins zu begegnen, von jetzt an ihren Kunden 14 Prozent Rabatt zu gewähren. Wenn die Materialwaarenhändler im Stande sind, ihren Kunden 14 Proz. Rabatt zu gewähren, dann kann ihnen doch die Konkurrenz der Konsumvereine nichts schaden.

Zur Beilegung des Schuhmachersstreiks in Weissenfels haben Dienstag Verhandlungen zwischen dem Fabrikantenverein und der Streikkommission stattgefunden. Nach zweistündiger Verhandlung kam es zur Anerkennung von Minimal-Anforderungen. Weitere Verhandlungen und Prüfung der Arbeiter-Forderungen fanden Donnerstag statt. Jedoch ist Näheres noch nicht bekannt.

Am Tag mit Herr.

Bei einem Wohnungsbrande sind am Montag in Landsberg a. W. zwei Kinder der Eheleute Arbeiter Grunke, 4 Jahre und 5 Monate alt, erstickt. Sie waren nur kurze Zeit allein gelassen worden; man nimmt an, daß der ältere Knabe mit Streichhölzern gespielt hat.

Vielkost die Hunde nicht! Die Frau des Kaufmanns Schmid in Deggendorf bekam durch Viehfressungen eines Hundchens Parositen. Sie begab sich deshalb nach München, um sich einer Operation zu unterziehen, die den Tod der erst 28-jährigen Frau zur Folge hatte.

Das Begräbnis des Kindes. Aus Wien berichten dortige Blätter: Die abgehärmte blasse Frau und der

stille Mann neben ihr, das Ehepaar A. und N. Schraffe, waren gestern vor dem Bezirksgerichte Leopoldstadt wegen Exekutionsverweigerung angeklagt. Ihre Möbel waren nämlich gepfändet und trotzdem verweigerten sie eine Pöndelung.

Richter: Wer von Ihnen hat die Uhr verpfändet?
Der Mann: Meine Frau.

Richter (zur Frau): Weshalb haben Sie die gepfändete Uhr verpfändet?

Die Frau: Ich mußte es thun, um mein Kind zu begraben. Es starb am 15. Januar und ich mußte die Leichenkosten bezahlen.

Richter: Hatten Sie denn sonst kein Geld im Hause?
Die Frau: Nicht einen Kreuzer, da das Kind vier Wochen vorher krank war und die Krankheit sehr viel Geld kostete.

Richter: Was mußten Sie für das Leichenbegängnis zahlen?
Die Frau: Ueber 20 fl.

Die Zeugin Marie Sammershof bestätigte, daß den Eheleuten Schraffe ein Kind gestorben ist und meinte: Man kann doch ein todttes Kind nicht unbeerdigt liegen lassen! Der Richter sprach beide Angeklagte frei, und zwar Anton Schraffe in Folge Rücktrittes des staatsanwaltlichen Funktionärs, Frau Schraffe mit der Begründung, daß diese die Uhr verpfänden mußte, um ihr todttes Kind zu beerdigen, demnach bloß unter dem unabwehrlichen Zwange gehandelt habe.

Die Pest in Indien. Im „Figaro“ veröffentlicht Prinz Bogidar Karageorgewic, welcher gegenwärtig Indien bereist, seine Eindrücke in dem von der Pest heimgesuchten Laude. Wie entnehmen den Briefen des Prinzen, die aus Bombay datirt sind, folgende Darstellungen. Die Hindu-Stadt, der Bazar, die Handelsstraßen sind, wenn man die außerordentlich dichte Bevölkerung Bombays bedenkt, fast leer. Zwischen den kleinen Hütten, wo riechende Hölzer und Weigrauch brennen, herrscht gleichzeitig der durchdringende scharfe Geruch von Phenol, und vor dem verpesteten Haus, aus welchem man gerade einen Leichnam trägt, besetzen lange Streifen einer rothen Flüssigkeit, auf deren Grund Chlor zu sehen ist, den Boden. In dem Viertel der Eingeborenen, längs des Meeres und der Docks, scheint die Pest sich einzuschließen, und die Häuser, welche nach Chlor und Phenol riechen, werden immer zahlreicher. Colaba, ein halbenglisches Viertel, ist beinahe verlassen und die in Marine-Lines kasernierten Truppen lagern in Zelten längs des Meeres. Die Börse ist geschlossen. Die meisten Fabriken haben den Betrieb eingestellt. Die Zahl derer, welche in den letzten Monaten geblüht sind, wird auf 250 000 geschätzt. Auf dem Bahnhof herrscht jeden Abend ein fürchterliches Gedränge von Leuten, welche am Tage in keinem Zuge Platz gefunden. Eine Menge von rothen und weißen Kulis drängt an die Schalter der dritten Klasse, unter Gebeten ihr Geld hinstreckend und überall schreien diese armen Leute, drängen aneinander, reichen ihr Geld über die Köpfe der vor ihnen Stehenden, werden zurückgegrängt und arbeiten sich wieder zum Schalter durch. Inmitten des Bahnhofes stehen Weiber mit ihren Kindern und dem Gepäck, einigen Bündeln, in rothe und weiße Fegen gehüllt, und Kupfergeschirren, die wie Gold glänzen. Sie erwarten das Bilet, welches ihnen gestattet, zu fliehen. Nachdem der letzte Zug abgegangen ist, werden große Lager um den Bahnhof herum errichtet. Die große Masse legt sich auf die Erde und erwartet in matorischer Unordnung zwischen Decken und dem aufgehäuften Gepäck die Morgenzüge. Bemerkens-

worth ist, daß in den Spitälern, Dank den Serum-Einspritzungen, mehr als zwei Drittel der aufgenommenen Pestkranken gerettet werden. Aber der Gedanke an eine Vermengung der Kassen, an einen Kontakt mit Leuten die sie als ihre Untergeordneten betrachten, hält die Hindu-Spitälern fern. Sie bleiben lieber zu Hause, lassen sich von Kurpfuschern behaubeln und sind unrettbar verloren. Bei einem kranken Paria wäscht ein Weib das weiße Kleid, mit welchem man am nächsten Morgen den Todten bekleiden wird. Dies Kleid muß von einem Familienmitglied gewaschen werden. Der Kranke liegt auf einem sehr niedrigem Bett. Er schwitzt in großen Tropfen. Umschläge hüllen seinen Hals ein und er verlangt mühsam: „Wasser! Herr!“ Dann schließt er seine Augen und scheint zu schlafen und schläft so bis zu seinem Ende. In den schmalen Gassen gehen die Beerdigungen vor sich. Die Hindu werden auf Bahren getragen; die Körper sind roth bemalt: gräßliche Gestalten mit bleiernem Lächeln auf den scharlachrothen Lippen. Die Körper werden mit Jasmin-Enkelanden und bengalischen Rosen bedeckt. Vor der Bahre trägt ein Mann, welcher den Scheiterhaufen anzünden wird, eine Vase mit glühenden Kohlen, und hinter dem Todten marschieren Leute, welche Klappern und trommeln. Dann folgen Freunde, welche Hölzer tragen, womit sie dem Todten die letzte Ehre erweisen, indem sie dieselben auf den Scheiterhaufen legen. Das Spital der Pestkranken. Der Wagen führt uns außerhalb der Stadt in ein Glendsviertel. Auf einem unbebauten Grunde in der Vorstadt Porel erhebt sich das Krankenhaus. Alle Kranken sind Kulis und Sutras, Angehörige der unteren Kasten. Auf niedrigen Betten mit dünnen Matrosen kuscheln die Unglücklichen. Man trägt gerade einen Kranken herein, der eine große harte Anschwellung an der Hüfte hat, eine Drüse, die man anschneiden und dann infizieren wird. Dort ist der Sitz des Uebels. Wenn diese Drüsen an Halfe, unter dem Arme auftreten, tritt Fieber ein, der Kranke wird schwächer und stirbt. In einem anderen Saale die Retonvaleszenten und leichten Fälle. Ganz am Ende liegt ein fürchterlich Herabgekommener, der so mager ist, daß man die Linie des Körpers an der Decke gar nicht gewahrt wird. Er kommt aus einer Gegend, wo die Hungernoth herrscht, und ist hier der Pest zum Opfer gefallen. Man weckt ihn. Er öffnet seine übergroßen Augen. Eine Freude kommt bei diesem Erwachen über ihn — oder ist es vielleicht einer schöner Traum? Er hat das Lachen eines glücklichen Jungen, lustig bewegt er seinen rasierten Kopf mit dem Haarbüschel an der Spitze. Er schläft sogleich wieder ein. Es geht ihm besser, sein Fieber nimmt ab, und der Arzt erklärt ihn für gerettet. In einem entfernteren Saale liegen vier hoffnungslose Fälle. Sie befinden sich in einer delirischen Angst, stoßen mit rauher Stimme Rufe aus, die nach und nach verlöschen. Zwei Wärter halten den Schreienden. Ein Anderer klappert mit den Zähnen. Ein Dritter zappelt unter den Decken; der Letzte hat eine ruhige träge Miene, vielleicht ist er schon todt. Weiter entfernt, in Bambus- und Stroh-Hütten, hat man die Hindu isoliert, welche sich nur von Hindu-Ärzten und mit einfachen Mitteln behandeln lassen. Da liegt ein alter Mann im Delirium und scheint uns mit einem leeren, stumpfsinnigen Blick zu betrachten, wie wenn das Leben schon aus ihm gewichen wäre.

Philadelphien. Durch eine Feuerbrunst wurden hier dreißig Gebäude vernichtet. Der entstandene Schaden ist ein sehr beträchtlicher.

ist meine Karte, mein Herr!“ Er zog bei diesen Worten eine Brieftasel aus der Tasche und übergab aus dieser unsern jungen Freunde eine elegante Karte, auf der in Kupfer gestochen dastand: Theodor Laur, Agent; — als Gegengebe erhielt er ein anspruchloses, weißes Stanzpapier, welches die in festen, kühnen Zügen hingeworfene Namensunterschrift: Carl Heldreich, stud. jur., enthielt. — Damit war die Vorstellung zur vollsten Zufriedenheit des Herrn Theodor Laur vollendet und dieser flog nun seinem Freunde voran die nach dem Verbrecherkeller führende Treppe hinab.

II.

Heldreich fühlte sich fast versucht, umzukehren, als die nach dem Innern des Lokals führende Thür sich vor ihm öffnete. Er glaubte, in der entsetzlichen Atmosphäre von Tabak- und Bierdünsten, welche ihm entgegenauß, nicht atmen zu können, aber schon war es zu spät, wenn er sich nicht lächerlich machen wollte.

Mit dem ersten Gruß: „Guten Abend, meine Herren Verbrecher!“ der mit einem wiederholten Gelächter von den Gästen des Lokals empfangen wurde, war Herr Theodor Laur in den weiten gewölbten Kellerraum getreten; Heldreich folgte ihm auf dem Fuße nach.

Es dauerte einige Sekunden, ehe sich unser junger Freund, dessen Auge an einen derartigen Dunstkreis nicht gewöhnt war, in dem ausgedehnten Gemölbe zurecht finden konnte. Er sah anfangs nur glühende, durch den weißen Dampf blühende Gasflammen, erst nach und nach lichtete sich der Nebel vor seinen Blicken und er konnte nun eine Ueberschau der Gesellschaft, in welche er so zufällig eingeführt war, halten.

Herr Theodor Laur hatte Recht gehabt. Es war eine Gesellschaft aus allen Ständen gemischt, welche sich hier traulich im Verbrecherkeller vereinte; da saß der Bloujenmann neben dem Elegant, der halbwüchsige Knabe neben dem Greise, der Drehorgelspieler, der seine Orgel zur Seite gestellt hatte, neben dem Bürgermann. Ge-

mischt war die Gesellschaft und dennoch trug sie einen ganz bestimmten Charakter; in allen diesen Zügen, den jungen wie den alten, hatte ein lasterhaftes Leben einen nie wieder zu verlöschenden Eindruck ausgeprägt. Der Verbrecherkeller trug seinen Namen nicht nur als eine Erinnerung an die Vergangenheit, er verdiente ihn auch in der Gegenwart, das war Heldreich klar, sobald er sich genug end orientirt hatte.

Fortsetzung folgt.)

Litterarisches.

Zu den Krankheiten unseres Jahrhunderts gehört auch die epidemische Tubikulämie. Freilich spukt sie zumeist in jenen mit Bekk und „Bildung“ prohenen Kreisen, denen ein immerwöhrer Geizbeutel die Möglichkeit spendet, das festliche Spetakt mit Wein und anderen Freuden zu begießen. Aber ein wenig angekränkt von der Tubikulämie ist auch unser Lager. Sind wir ja doch ein kurzlebige Geschlecht, und wir wissen ja auch nicht, in welchem Gefängnis der nächste Morgen uns begrüßt. Da kann man es sogar dem „Südb. Postillon“ nicht verdenken, wenn auch dieser allzuwehlig Bestehens mit der Herausgabe einer Jubiläumsummer feierlich begehrt. Wir kennen den munteren Jungen von der Zeit an, da Max Regel ihm die Beitsche führte und Freund Schönant lustige und witzige Lieber für ihn schrieb. Das war inzwischen der Laufpaß aus der Partei aus gutem Grunde zugefellt hat. Im Jahre 1888 löste der liebreiche Ernst Klauer unsern Max Regel ab, der sich damals dem Wahren Jakob zuwandte. Seit 1890 kuschelt der Postillon unter der milden Verlagsobersicht von Magnus Fruch und seit 1892 treibt mit satirischen Geißelstichen Ebnard Fruch ununterbrochen das politisch-litterarische Zwiegepaum. Wie die eittende Zeit unserer Sache herrliches Gedeihen schuf, wuchs auch mit seinen höheren Zwecken der „Postillon.“ Schritt für Schritt konnte mit ihm der Leser an technischen und künstlerischen Verbesserungen sich erfreuen. Immer größere Anforderungen wurde an Stiff und Feder der Mitarbeiter gestellt. Aber ihre Kraft war der Aufgabe gewachsen. Jetzt, da er dem Leser mit der nun vorliegenden Nummer seinen Jubiläumsgruß schickt, wird ihm dieser seinen Dank für so manchen gemüthlichen und angenehmen Stunde nicht vorenthalten. Und wir, die wir sein Streben und seine Erfolge ein wenig miterlebt haben, rufen dem fröhlichen und schneidigen Durchein an seinem Jubiläumstag zu: ad multos annos! Auf viele Jahre weiteren Freude und Nutzen bringenden Wirkens